



ZEITUNG

ARBEITERWOHLFAHRT WÜRTTEMBERG



THEMA

NACHHALTIG = SOZIAL!

Nachhaltigkeit ermöglicht eine stabile Gesellschaft, Teilhabe aller sowie menschliche Würde, Arbeits- und Menschenrechte über Generationen hinaus.

GRUSSWORT

- 01 **Nils Opitz-Leifheit**
Bezirksvorsitzender AWO Württemberg

THEMA: NACHHALTIG = SOZIAL!

BEZIRKSVERBAND

- 02 **Klimaschutz ist Solidarität!**
Wie kann der ökologische Wandel sozial gestaltet werden?

BEZIRKSVERBAND

- 04 **Ein Plus für alle**
Nachhaltiges Führen von Pflegeeinrichtungen

INTERVIEW

- 06 **Nichts tun ist für alle teurer**
Gabi Rolland, Katja Schumacher und Peter Kasten im Gespräch

EINFACH ERKLÄRT

- 13 **Dem Planeten nicht schaden**
sozial und nachhaltig

AWO BÖBLINGEN-TÜBINGEN

- 14 **Verantwortung säen, Selbstwirksamkeit ernten**
Nachhaltiger Kräutergarten

AWO LUDWIGSBURG

- 15 **Lebenswerte**
Upcycling statt wegwerfen

INTERN

BEZIRKSVERBAND

- 16 **Die Basis für eine kraftvolle AWO**
Die Bad Mergentheimer Erklärung

AWO LUDWIGSBURG

- 18 **Wie Kinder in der Barockstadt an das Thema Nachhaltigkeit herangeführt werden.**
Kitakinder legen Hochbeete an.

BILDUNGSKADEMIE

- 19 **Didaktische Kompetenzen gefragt**
Praxisanleiter*innen sind wichtige Schlüsselfiguren.

FREIWILLIGENDIENSTE

- 20 **Jetzt Stärkung statt Streichung**
Unterschriften-Kampagne für die Freiwilligendienste

AWO SCHWÄBISCH HALL

- 21 **„Stark machen“**
Projekt im Integrationsmanagement

AWO SCHWÄBISCH HALL

- Entscheidung für das Morgen**
„My Choice“ wird gefördert!

AWO ULM

- 22 **Mit „Early Excellence“ und Montessori“**
Betriebskita „Kupfernest“ geht neue Wege.

BEZIRKSVERBAND

- 23 **Mittelfristig gut ausgebildetes Pflegefachpersonal**
Indischer Partner zu Besuch

AWO REMS-MURR

- Das Eulennest steht bereit**
Neues AWO Kinderhaus in Schorndorf

BEZIRKSVERBAND PERSONEN

- 24 **An den Schnittpunkten**
Sabrina Schimke ist neue Referentin Migration.

BEZIRKSVERBAND PERSONEN

- Mit Strategie und Struktur**
Franziska Diemer verbindet Soziales, Interessen und Verband.

BEZIRKSVERBAND

- 25 **Regenbogenfarben jeden Tag**
Starkes Zeichen für Offenheit und Vielfalt

BEZIRKSVERBAND

- 26 **Wenn das Gemeinschaftsgefühl wächst**
Erster Firmenlauf nach Coronapause

BEZIRKSVERBAND

- Gruppenfoto**
Landtagsabgeordneter Gernot Gruber beim Zeltlager am Ebnisee

AWO SCHWÄBISCH HALL

- 27 **Herzlich, zuvorkommend, hilfsbereit**
„Am Gänsberg“ wird interkulturell gewohnt.

AWO REMS-MURR

- Was es alles braucht**
Gesundheitstag kam bestens an.

BEZIRKSVERBÄNDE

- 28 **Mit heißen Nadeln gegen die Kälte**
Auch 2023 gibt es wieder die Weihnachtsaktion.

AWO ULM

- Schön und rundum gelungen**
Erste Ehrenamtsmesse in der Volkshochschule nach langer Pause

VEREINSLEBEN

OV EISLINGEN

- 29 **Sozialpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit**
Erster AWO-Sozialstammtisch: „Die Neue Soziale Frage.“

OV BIETIGHEIM-BISSINGEN

- Stadtluft macht frei**
Ex-Kulturamtsleiter Stefan Benning beim AWO-Treff

OV ELLWANGEN

- Kaffee, Kuchen, Kindergarten**
Beste Stimmung beim Sommerfest im Gebrauchtwarenhaus

OV NECKARSULM

- 30 **Gedächtnistraining, Gymnastik, Genuss und Gesang**
Ein Urlaub ohne Koffer

OV EHNINGEN

- Beste generationsübergreifende Arbeit**
Gute Stimmung beim Familienfest

EXTERN

AWO INTERNATIONAL

- 31 **Ein sicheres Lern- und Freizeitzentrum in der Ukraine**
Minenaufklärung, Therapieangebote und Kinonachmittage

AWO INTERNATIONAL

- 32 **Aus Kassenbons Stimmzettel machen**
Eine Broschüre zum fairen Einkauf

SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

- Ungekannte Welten und viel Spaß**
„INDIERAMA Shorts for Kids“

JUGENDWERK

- 34 **Mehr Ausbildungsqualität, mehr Spaß, mehr Ehrenamt**
Train the Trainer

GRUSSWORT

NILS OPITZ-LEIFHEIT

Liebe Freundinnen und Freunde der AWO,

Nachhaltigkeit ist in aller Munde, mancher mag das Wort schon gar nicht mehr hören. Unstrittig ist aber leider, dass uns unser Klima und die Umwelt in diesen Jahrzehnten um die Ohren fliegen. Gemeint ist meistens die ökologische Nachhaltigkeit, also klimafreundlich und ressourcenschonend zu leben und zu wirtschaften. Wichtig ist aber auch die soziale Nachhaltigkeit, denn nur in Gesellschaften, die sozial funktionieren, kann man solch schwere Aufgaben wie die Energiewende angehen und Lasten verteilen. Auch wenn wir alle in der Zukunft klimaneutral le-

ben müssen, muss Mieten und Heizen bezahlbar bleiben, und man sollte außerdem irgendwie zur Arbeit kommen. Die Politik muss darauf Rücksicht nehmen und auch Geld dafür in die Hand nehmen, so dass niemand deshalb zurückbleibt und vergessen wird. Und ebenso müssen die Gesundheitsversorgung, die Pflege und die Altersversorgung nachhaltig gestaltet bleiben, damit die Jungen und Gesunden die Solidarität für die aufbringen, die sie brauchen.

Dieses Heft befasst sich damit, was die AWO alles tut, um nachhaltig zu sein: Als Verband, als Unternehmen, in unseren Einrichtungen und Investitionen. Wir stehen alle in der Pflicht, unseren Kindern und Enkeln eine Welt zu hinterlassen, die sie weiter gut bewohnen können – und ebenso ist es unsere Verantwortung, die Natur und alle Mitwesen zu bewahren.

Euer



Nils Opitz-Leifheit
Bezirksvorsitzender AWO Württemberg



Klimaschutz ist Solidarität!

KLIMASCHUTZ

SOLIDARITÄT

Aber wie kann der ökologische Wandel sozial gestaltet werden?
Das analysiert Marco Lang, Geschäftsführer AWO Württemberg.

Am 2. August war der „Erdüberlastungstag“: Die eigentlich für das gesamte Jahr zur Verfügung stehenden ökologischen Ressourcen der Erde waren an diesem ersten Mittwoch im August aufgebraucht. Für Deutschland war dieser Tag bereits am 4. Mai. Das heißt mit dem Lebensstil in Deutschland werden die Ressourcen von drei Erden verbraucht. Für die AWO ist Klimaschutz die konkrete Umsetzung der AWO-Werte. So steht im Grundsatzprogramm:

Gerechtigkeit herrscht, wenn jeder Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung: Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise für kommende Generationen und zum Wohl der Natur nachhaltig zu gestalten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, sich konsequent für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Die ökologische und soziale Gestaltung einer Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren Zielen, Lebensstilen und Handlungen muss weltweit eine lebenswerte Zukunft sichern.

Daher hat die AWO bereits im Frühjahr 2022 weitreichende Beschlüsse zum Klimaschutz gefasst.

hier zu lesen und zum Download



Als Wohlfahrtsverband nimmt sie dabei drei Rollen ein:

1

Wohlfahrtsverbände sind Träger von Einrichtungen und Angeboten

Die AWO in Württemberg versorgt täglich knapp 1500 Menschen in stationären Altenpflegeeinrichtungen, dazu kommen rund 1.400 Mittagessen in Kitas. Sie bewirtschaftet zahlreiche Immobilien und Liegenschaften. Für alle Einrichtungen der freien, gemeinnützigen Wohlfahrt in BW sind das rund 10.000 Dienste und Einrichtungen. Über die Art der Erzeugung der notwendigen Energie, die Auswahl der Mobilitätswege, aber auch die Verpflegung kann sie einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dazu muss die AWO in der Wohlfahrtspflege eine wesentliche Hürde überwinden: Sie muss Investitionen tätigen können. Gemeinnützige Akteure wie die AWO können kaum Rücklagen bilden, das heißt, sie sind auf die Refinanzierung dieser Investitionen angewiesen.

Dies ist in der Regel aber nicht gegeben. In der stationären Pflege wäre es sogar so, dass sie die Investitionen selbst tragen müssten, die Kostenträger beteiligen sich nicht. Wenn dann in Folge der Investitionen, etwa in eine PV-Anlage, die Stromkosten sinken, erstatten die Kostenträger nur noch die dann real anfallenden, niedrigeren Kosten. So werden sinnvolle und notwendige Investitionen unmöglich gemacht.

Bleibt die Frage nach Zuschüssen und Förderung. Seit Anfang 2022 ist die AWO grundsätzlich förderfähig wie Kommunen, also antragsberechtigt für die Einrichtung eines Klimaschutzmanagements, der Erarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes und der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen. Klingt gut. Beim Bezirksverband kämpften sich die Mitarbeitenden im Sommer 2022 durch die Anträge, was einen richtigen Zusatzaufwand zum normalen Geschäft bedeutete. Im August wurden die relevanten Anträge gestellt – und bis heute, August 2023, ist keiner abschließend bearbeitet oder gar genehmigt. Eine hochqualifizierte und engagierte Klimaschutzmanagerin konnte man daher nicht einstellen, sie arbeitet nun in der freien Wirtschaft. So wird Klimaschutz in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege erschwert. Daran arbeitet die AWO Württemberg: Sie betreibt entsprechende Lobbyarbeit – im Verein und mit anderen Verbänden. Was die AWO im Rahmen ihrer Möglichkeiten konkret tut und vorhat – vom Vermeiden von gekippten Fenstern bis zur Vorbereitung der Installation von PV-Anlagen –, beschreibt Marcel Faißt in dieser Zeitung ab Seite 4.

2

Wohlfahrtsverbände sind Multiplikatoren

Die AWO hat in Württemberg etwa 4.000 Mitarbeitende, 8.000 Mitglieder. Und ungefähr ebenso viele Menschen sind zusätzlich ehrenamtlich dort engagiert. Damit kann man einerseits an sehr vielen Stellen mit gutem Beispiel vorangehen, nach dem Kästner-Motto „Es gibt nichts Gutes außer man tut es.“ Positive Zeichen setzen kann die AWO in Waldheimfreizeiten, bei den Sommerfesten, in allen Veranstaltungen der Ortsvereine. Das nicht mit einem griesgrämigen Verbotsgesicht und erhobenem Zeigefinger, sondern mit der positiven Überzeugung, etwas Gutes zu tun und darüber zu reden.

Andererseits kann die AWO aktiv gegen populistische „Verdummungskampagnen“ vorgehen. Klimaschutz und allgemein nachhaltiges Agieren ist alternativlos. Sie stellt sich aktiv gegen populistische Falschaussagen,

bezieht öffentlich und offensiv Stellung – sowohl als AWO-Gliederungen als auch als Einzelpersonen, sowohl in öffentlichen als auch in privaten Kontexten. Ein Beispiel ist das Gebäudeenergiegesetz (GEG), bekannt als „Heizungsgesetz“. Allein die Emissionen durch „Wohnen“ liegen bereits weit über zwei Tonnen CO₂/Kopf für jede Einkommensgruppe. Es besteht massiver Handlungsbedarf. Und andere Länder wie Dänemark, Kanada aber auch Schweden machen vor, wie es geht.

Allerdings ist nicht nur der Klimaschutz ein wichtiges Argument für die Wende beim Heizen. Das Berliner Klimaforschungsinstitut Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) hat ausgerechnet*, dass ohne weitere staatliche Eingriffe CO₂-Preise von 200 bis 300 Euro je Tonne in 2030 durchaus möglich seien – und 400 Euro je Tonne gar in 2040. Bereits in sieben Jahren müssten damit für jede Kilowattstunde Gas alleine 3,6 bis 5,5 Cent CO₂-Abgabe gezahlt werden; bei einer durchschnittlichen Doppelhaushälfte wären dies bis zu 1.000 Euro pro Jahr. 2040 wären es 7,2 Cent oder rund 1400 Euro. Das Festhalten an fossilen Energieträgern ist damit sowohl unsolidarisch und moralisch indiskutabel als auch mittelfristig ökonomisch sinnlos. Politiker, die hier Ängste und Unsicherheit schüren oder auf Populismus und Polemik setzen, gefährden Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Einsatz für Demokratie und Zusammenhalt bedeutet damit auch Einsatz für konsequenten Klimaschutz.

3

Wohlfahrtsverbände sind Sozialanwälte

Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen tragen deutlich unterschiedlich zu den CO₂-Emissionen bei. Während die Ärmsten in Deutschland 2019 etwas

über drei Tonnen CO₂ pro Jahr emittierten, waren es beim reichsten Prozent etwa 105 Tonnen – also fast das 35-fache.

Vermögensschwache Menschen haben oft nicht die Möglichkeit, von Förderungen zu profitieren. Konkretes Beispiel: Mit Beginn der Förderung der Photovoltaik konnten die Menschen, die genug Geld für die Investition in PV-Anlagen hatten, gute Renditen erwirtschaften, wohingegen alle Konsument*innen die EEG-Umlage zahlen mussten.

Es braucht Förderprogramme, die alle Einkommensgruppen erreichen und die zum Beispiel auch die energetische Sanierung von Mietgebäuden möglich machen, ohne dass danach die Mieten unbezahlbar sind. Im Bereich der Mobilität muss emissionsbehafte Mobilität weiter eingeschränkt und dafür CO₂-Emission immer teurer werden. Wer mit seinem SUV noch CO₂-emittieren will, muss dafür zahlen. Das muss aber einhergehen mit einer deutlichen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs gerade auch im ländlichen Raum. Flächendeckend muss es attraktive und verlässliche öffentlichen Verkehrsangebote geben.

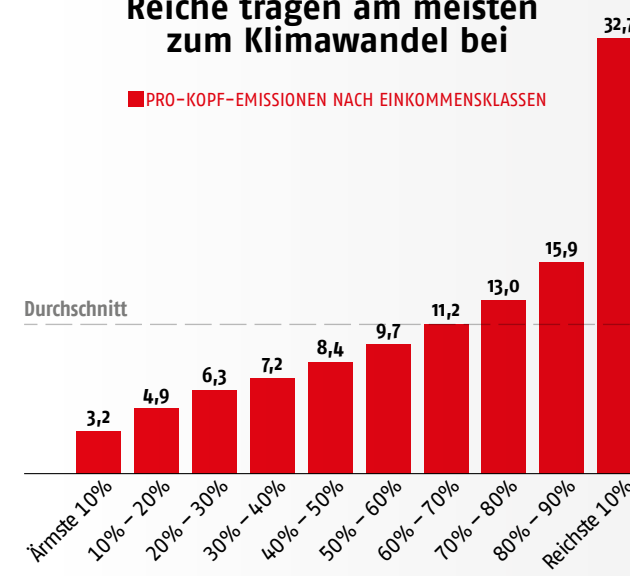
Energie und Mobilität müssen als Teil der Daseinsfürsorge gesehen und in der Regionalplanung wie im Städtebau so berücksichtigt werden. Wie kann man dafür zusätzliche Mittel erschließen und gleichzeitig steuernd eingreifen? Beispielsweise über die Besteuerung von Flugbenzin: Kerosin ist in Deutschland noch immer steuerfrei. Auch über die Abschaffung schädlicher Subventionen wie des Dienstwagenprivilegs und eine gerechte Steuerpolitik mit Vermögenssteuer und einer modernisierten Erbschaftssteuer: Denn in Deutschland ist die Gesamtsumme des vererbten Vermögens pro Jahr mittlerweile größer als die Gesamtlohnsumme.

Hierfür werden sich die Wohlfahrtsverbände, hierfür wird sich die AWO einsetzen. Klimaschutz ist Solidarität. Und: Klimaschutz kann nur solidarisch erreicht werden. •

Einkommensabhängigkeit der CO₂-Emissionen in Deutschland 2020

Reiche tragen am meisten zum Klimawandel bei

PRO-KOPF-EMISSIONEN NACH EINKOMMENSKLASSEN



Quelle: World Inequality Database

Die CO₂-Emission pro Kopf muss zur Erreichung der Klimaneutralität bei rund 1t CO₂/Kopf und Jahr liegen. Wer seinen eigenen CO₂-Fußabdruck ermitteln möchte: Einen ganz einfachen Fußabdruckrechner gibt es hier:



www.fussabdruck.de



CO₂-Rechner des Umweltbundesamt

*Sie unterstellten, dass der CO₂-Preis das dominante Steuerungsmittel ist, ohne staatliche Förderprogramme, Verbote oder Standards.

Ein Plus für alle

Marcel Faißt, Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Württemberg e.V. und seiner Gesellschaften, beschreibt, wie das nachhaltige Führen von Pflegeeinrichtungen gelingt.



© Foto: Peter Dix

Nachhaltiges Agieren ist in aller Munde. Fast scheint Nachhaltigkeit eine Modeerscheinung zu sein. Ist das tatsächlich so? Handeln Einrichtungen im Sozialwesen – insbesondere Pflegeeinrichtungen – nicht ohnehin nachhaltig? Die einschlägige Definitionen von Nachhaltigkeit beschreibt den verantwortungsvollen, nicht verschwenderischen und sparsamen Umgang mit Ressourcen. Für Mitarbeiter*innen in Pflegeeinrichtungen ist das Alltag. Der Begriff der Nachhaltigkeit geht aber viel weiter, er bildet auch eine soziale, wirtschaftliche wie ökologische Dimension ab. Also ist es erforderlich, dass auch Pflegeeinrichtungen unter mehreren Blickwinkeln ihr nachhaltiges Tun neu ausrichten.

Maßnahmen für einen schonenden Umgang mit Ressourcen

Die 14 Pflegeeinrichtungen der AWO Württemberg haben sich deswegen im vergangenen Jahr auf den Weg gemacht und in Bestandserhebungen konkrete Maßnahmen festgelegt, wie die Häuser sich angesichts der verändernden Rahmenbedingungen zum schonenden Umgang mit Ressourcen weiter entwickeln können. Sind Pflegeeinrich-

tungen seit jeher gewohnt, ob der stark regulierten Refinanzierungsbedingungen mit eng gesetzten Ressourcen, eine gute Versorgung der Bewohner*innen sicherzustellen, hat sich die Lage in Folge der weltweiten Krisen deutlich verschärft. Lieferketten waren in der Pandemie zeitweise unterbrochen, die Sachkosten stiegen deutlich an. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sorgte zudem dafür, dass sich die Energiekosten erheblich verteuerten. Was wiederum weitere Kostensteigerungen bei Lebensmitteln oder Verbrauchsmaterialien zur Folge hatte.

Energie sparen mit kleinem Einsatz und großer Wirkung

Die Pflegeeinrichtungen der AWO Württemberg setzen nun einen Maßnahmenkatalog mit verschiedenen Handlungsfeldern um, damit die Bewohner*innen unter sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen nachhaltigen Gesichtspunkten weiterhin gut versorgt sind. Zum Jahreswechsel stand zunächst im Fokus, sparsam mit Energieressourcen umzugehen. Lange war unklar, ob Pflegeeinrichtungen eine verlässliche Refinanzierung der Mehrkosten durch die exorbitant gestiegenen Energiekosten erhalten werden. Deswegen wurde unter Moderation des Fachbereichs Objektverwaltung ein Katalog mit Sofortmaßnahmen entwickelt, die für jedes Haus von den Einrichtungsleitungen auf die örtlichen Gegebenheiten individuell angepasst wurde. Ziel ist es, mit kleinen Eingriffen einen möglichst großen Effekt zu erzielen. Nachfolgende Maßnahmen gehören – ein dreiviertel Jahr nach Implementierung – zum Arbeitsalltag. Da besonders in den Wintermonaten beim Lüften der Wohngruppen und Bewohnerzimmer teils erhebliche Energieressourcen verbraucht werden, wurden die Mitarbeiter*innen sensibilisiert, grundsätzlich nur noch stoßzulüften, also

maximal fünf bis zehn Minuten die Fenster zu öffnen, um Wärmeenergie im Haus zu behalten. In einzelnen Einrichtungen wurden die Fenster mit Kippstopps ausgerüstet, so wird ein fortlaufendes Kippen der Fenster verhindert, wodurch sonst viel Wärmeenergie verloren gehen würde. Grundsätzlich wurde überprüft, wie die Heizkörper- und Raumthermostate eingestellt sind, sowie einheitliche Raumtemperaturen festgelegt.

Das Bewohnerwohl im Mittelpunkt

Ebenso wurden die Beleuchtungskonzepte der Pflegeeinrichtungen angepasst: So sind beispielsweise tagsüber Deckenleuchten nicht standardmäßig an, sondern nur in den Bereichen, in denen eine Ausleuchtung sinnvoll ist. Bei Nacht wurde die Sicherheitsbeleuchtung reduziert, um Energie einzusparen. Auch in den Garten- und Außenanlagen wird die Beleuchtung über Nacht abgestellt. Entscheidend war bei diesen Maßnahmen, dass stets das Bewohnerwohl im Mittelpunkt steht. Bei der Veränderung der Beleuchtung muss darauf geachtet werden, dass sich in einzelnen Bereichen nicht die Sturzgefahr erhöht, bei der Reduktion der Raumtemperatur, dass es noch behaglich warm ist.

Unabhängig von diesen Sofortmaßnahmen verfolgen die AWO Pflegeeinrichtungen einen konsequenten Weg zur Klimaneutralität. Bereits in diesem Jahr nehmen alle Häuser eine Energieberatung in Anspruch, um weitere Optimierungsmöglichkeiten zu identifizieren. Der Fuhrpark wird in großen Schritten elektrifiziert, die erforderliche Infrastruktur Schritt für Schritt ausgebaut.

Zusammenarbeit stärken und Synergieeffekte nutzen

Wenn die Corona-Pandemie etwas gelehrt hat, dann den kompetenten Umgang mit Krisen und dass es ohne Miteinander nicht geht. Ohne

gute Teams und gute Zusammenarbeit wäre die Bewältigung der Krise deutlich schwerer gefallen. Deswegen wurde überlegt, wie Organisationsstrukturen so optimiert werden können, dass mit Ressourcen nachhaltiger umgegangen und enger zusammengearbeitet wird. Synergieeffekte nutzt etwa ein Projekt in „Stuttgart Süd“: Künftig bereitet das Team der Großküche im Seniorenzentrum Salzacker Möhringen auch die Speisen für die Pflegeeinrichtungen Musberg und Fasanenhof zu. Somit müssen nicht an drei Standorten vollwertige Küchenbetriebe aufrechterhalten werden – gleichbleibende Qualität bei Einsparung von Ressourcen im Energie- und Sachmittelbereich!

Nachhaltige Speisensversorgung sicherstellen

Für die Bewohner*innen sind die Mahlzeiten absolute Highlights im Tagesverlauf. Deswegen ist es eine große Herausforderung, hier täglich leckere Speisen „auf den Tisch“ zu bringen und dennoch mit Lebensmitteln nachhaltig umzugehen. Gemäß den Wünschen der Bewohner*innen gibt es jede Woche einen Tag, an dem zu den Hauptmahlzeiten auf Fleisch verzichtet wird. Außerdem wird darauf geachtet, wo es möglich ist, auf regionale Lieferanten zu setzen. Zusätzlich prüfen die hauswirtschaftlichen Betriebsleitungen die Speisenmenüs, damit möglichst wenig Speisereste weggeworfen werden.

Die wichtigste Ressource stärken: Personal

Eine gute Versorgung der Bewohner*innen ist nicht möglich, wenn nicht ausreichend gut ausgebildetes und kompetentes Personal zur Verfügung steht. Deswegen stärkt die AWO die Ausbildung von Pflegefachkräften weiter. Auch wird ein weiterer Standort der Bildungsakademie im Herbst 2023 am Stuttgarter Pragsattel eröffnet. Entscheidend ist zudem, die Arbeitsorganisation der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen gut zu strukturieren, so dass sie möglichst reibungslos funktioniert. Dazu wurden in der ersten Jahreshälfte verschiedene zentrale und dezentrale Seminare für effizienten Personaleinsatz

organisiert. Die AWO Württemberg hält an ihrer grundsätzlichen Strategie fest, stets die maximalen Personalschlüssel mit den Kostenträgern im Land zu vereinbaren. Das gehört zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Führung der Pflegeeinrichtungen.

Und natürlich sollen die Mitarbeiter*innen gut entlohnt werden. Gemäß den Neuverhandlung des AWO Tarifvertrags Baden-Württemberg erhalten die Mitarbeiter*innen nun auch eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe und im Gesamtvolumen von 3.000 Euro je Vollzeitstelle. Zum 1. März 2024 sollen die Gehälter um 200 Euro, dann 5,5 Prozent – mindestens um 340 Euro – erhöht werden. Die AWO befindet sich mit ihrem Tarifvertrag in Baden-Württemberg in der Branche im Spitzenfeld. Auch das ist eine Maßnahme der sozialen Nachhaltigkeit!

Verantwortungsvoller Umgang mit Kostensteigerungen

Auch wenn in den Pflegeeinrichtungen durch verschiedene Maßnahmen ein möglichst schonender Umgang mit Ressourcen erreicht werden soll, kommt die AWO nicht umhin, zudem auch die Preise für die Pflegeeinrichtungen zu erhöhen. Sowohl tarifliche Steigerungen als auch die Kostenentwicklungen müssen refinanziert sein. Die Preise, die die Bewohner*innen für einen Heimaufenthalt bezahlen, legt die AWO nicht selbst fest, sondern sie müssen mit den Kostenträgern verhandelt werden. Im Frühsommer konnte für alle Häuser bei den sogenannten Pflegesatzverhandlungen

eine Erhöhung der Entgelte zwischen 9,5 Prozent und 10,6 Prozent durchgesetzt werden. Dies stellt für viele Bewohner*innen und Angehörige eine zusätzliche Belastung dar. Die Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen beraten, was zu tun ist, sollten die eigenen Mittel nicht mehr ausreichen. Außerdem setzt sich die AWO auf Landes- wie Bundesebene lautstark für eine Reform der Pflegeversicherung ein, damit Kostensteigerungen nicht mehr zu Lasten der Bewohner*innen gehen, sondern durch die Pflegeversicherung gedeckt werden. Somit kommt die AWO ihren wirtschaftlichen Notwendigkeiten nach und geht gleichwohl verantwortungsvoll damit um. Sie setzt sich aktiv für eine andere Finanzierung von Pflege ein.

Es geht um die Weiterentwicklung der Qualität

Neben den beschriebenen Maßnahmen wurden noch viele weitere umgesetzt, um Nachhaltigkeit weiter zu stärken. Eines ist dabei wichtig: Auch wenn an verschiedenen Stellen das nachhaltige Führen von Pflegeeinrichtungen eine stark wirtschaftliche Komponente hat, stets steht das Wohl der Bewohner*innen im Mittelpunkt. Die AWO Württemberg bietet in ihren 14 Einrichtungen Pflege und Betreuung auf einem hohen Niveau. Das bestätigen sowohl die Bewohner*innen als auch externe Prüfinstanzen immer wieder. Das Ziel ist, das Qualitätsniveau nicht nur zu halten, sondern fortlaufend weiterzuentwickeln mit nachhaltigen Strategien – für die Bewohner*innen und die Mitarbeiter*innen der Häuser. •



Der Fuhrpark der AWO wird sukzessive elektrifiziert.

Nichts tun ist für alle teurer

Damit Klimaschutz und Energiewende gelingen, müssen alle mitgenommen werden. Über soziale Nachhaltigkeit hat Petra Mostbacher-Dix mit Gabi Rolland, SPD-Umweltpolitikerin im Landtag Baden-Württemberg, sowie den Forscher*innen Katja Schumacher und Peter Kasten vom Ökoinstitut Berlin gesprochen.



Seit 2011 sitzt **Gabi Rolland** für die SPD im Landtag Baden-Württemberg. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Sprecherin für Umweltpolitik und Naturschutz sowie Hochschulpolitische Sprecherin. Zuvor engagierte sie sich 14 Jahre im Freiburger Gemeinderat. Für die Umwelt trug sie über eine Dekade Verantwortung im Landratsamt, wo sie im gehobenen Dienst tätig war.

Dr. Katja Schumacher ist stellvertretende Bereichsleiterin Energie & Klimaschutz beim Öko-Institut Berlin. Die Expertin für Modellierung, ökonomische und ökonomische Analysen forscht unter anderem über Verteilungseffekte von Energie- und Klimapolitik auf private Haushalte, Bezahlbarkeit von Wohnen und Klimaschutz, CO₂-Bepreisung, Klima-Sozialfonds, Evaluierung der Nationalen Klimaschutzinitiative und Folgenabschätzung Klimaschutzzszenarien.

Forschungsschwerpunkt von **Peter Kasten**, stellvertretender Bereichsleiter Ressourcen & Mobilität am Öko-Institut Berlin, ist Nachhaltige Mobilität. Er berät Politik und Unternehmen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Verkehr. Zu seiner Expertise gehören Strategien zur CO₂-Minderung im Transportsektor, Multimodalität, Alternative Mobilitätskonzepte, Energieversorgung im Verkehr, etwa Wasserstoff und E-Fuels, Wirkung von Klimaschutzinstrumenten.

In der Umfrage des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamts, der Studie GfK Consumer Life, dem Nationalen Wohlstandsindex für Deutschland (NAWI-D), der „gefühlten Wohlstand“ erhebt, oder anderen Untersuchungen wird deutlich: Das Gros der Bundesbürgerinnen und -bürger ist für Klimaschutz, aber sie befürchten zugleich angesichts der multiplen Krisen, an Wohlstand zu verlieren. Also: Definieren Sie Wohlstand!

Rolland: Ausreichend Güter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen! Konkreter: Wohlstand ist, wenn die Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt sind und man sich noch etwas leisten kann. Also, dass es meinen Kindern künftig besser geht, eine schöne Wohnung, vielleicht einmal im Jahr Urlaub, womöglich ein Auto. Über dessen Größe kann man streiten. Ja, wir leben auf einem sehr hohen Niveau des Wohlstands. Doch ein größerer Teil der Gesellschaft ist davon ausgeschlossen. Zu Wohlstand gehört auch gesellschaftlich

che Teilhabe, sich einbringen zu können, ein akzeptiertes Mitglied dieser Gesellschaft zu sein.

Schumacher: Genau. Spannend, dass Sie nach Wohlstand fragen, es gibt ja noch Wohlfahrt und Wohlbefinden. Wir haben einen hohen Wohlstand, aber auch soziale Ungleichheit. Wichtig beim Grad der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sind eben die Dimensionen materieller Wohlstand, sozialer Wohlstand und die Teilhabe, damit persönliches Wohlbefinden und Lebensqualität erfüllt sind. Dass nun zunehmend Menschen den Wohlstandsverlust fürchten, führt zu Polarisierungen in der Gesellschaft. Diese Angst wurde stark befördert durch die Krisen, die wir nacheinander durchgingen und -gehen. Jetzt stehen Klimaschutzmaßnahmen und Klimawandel wieder stark in der Diskussion und deren Folgen. Aber gerade Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz gehören zu den Wohlstandsfaktoren wie auch die Teilhabe am Klimaschutz.

Bisher wurde der Begriff Teilhabe vor allem mit Bildung und kulturellen Angeboten verknüpft. Aber auch für den Klimaschutz ist Teilhabe ein wichtiger Faktor, denn auch da geht es ungleich zu. So konnten zum Beispiel bisher viele die Förderung von Photovoltaik gar nicht in Anspruch nehmen. Da müssen und werden wir uns weiterbewegen.

Kasten: Ich unterstreiche das. Wir kommen in eine neue Phase dieser Diskussion – zum Wärmesektor und dem Verkehrssektor, dahin, wo es die Leute selbst betrifft. Vorher stand die Industrie im Fokus, der Strom kam trotz allem zuhause an, wenn auch etwas teurer. Doch jetzt geht es an Verhaltensänderungen: Klimaschutz betrifft nun die Leute in ihrem eigenen, alltäglichen Verhalten. Das erfordert eine gesellschaftliche Verhandlung darüber, wie wir einen effektiven und schnellen Klimaschutz verbinden können mit gesellschaftlichen Veränderungen, die auch den Wohlstand betreffen. Das ist eine Herausforderung. Das Problem: Für diese Diskussion haben wir leider immer weniger Zeit, weil wir bisher so langsam waren mit dem Klimaschutz. Doch dieser effektive Klimaschutz ist notwendig für die Zukunft. Wenn wir keinen betreiben, ist der Wohlstandsverlust viel größer als ohne Klimaschutz.

Für Verhaltensänderungen gehen die Jugendlichen von Fridays for Future auf die Straße, die Aktivist*innen der letzten Generation kleben sich fest. Wer soll vor allem das Verhalten ändern?

Rolland: Kluge Leute wie Ernst Ulrich von Weizsäcker haben darüber längst Bücher geschrieben. Demnach kann man fünf Prozent des Wohlstands gesamtgesellschaftlich einsparen, ohne dass man das merkt. Doch wer bringt diese fünf Prozent? Das muss nach dem Verursacherprinzip verteilt werden. Menschen, die mehr haben, auf höherem Standard leben, müssen auch mehr bringen als andere. Das kann man lenken. Wer ein großes, teures Auto fährt, damit auch mehr Ressourcen verbraucht – gleich welcher Art –, der sollte auch mehr einsparen. Wer weniger Ressourcen verbraucht, müsste einen geringeren Beitrag leisten.

Wir haben in Freiburg mit dem Ökoinstitut und der Caritas ein Projekt für Menschen mit geringem Einkommen durchgeführt, wie sie Strom- und Heizungskosten einsparen können – auf Augenhöhe: Menschen, die Unterstützung beziehen, zeigen anderen, die das auch tun, wie man am besten Energie einspart. Solche Formate, wo man ohne „von oben herab“ lernt, was man selbst machen kann, haben sich als nachhaltig erwiesen und finden Akzeptanz. Wichtig sind auch Projekte, an denen man sich für wenig Geld beteiligen kann. Ich bekam mal zum Geburtstag eine kleine Beteiligung an einer Windkraftanlage geschenkt. Das könnte man auch machen mit Balkonstromanlagen für Mieterinnen und Mieter.

Und zu Fridays vor Future?

Rolland: Hut ab und Respekt, dass Schülerinnen und Schüler freitags auf die Straße gehen! Sie haben dafür gesorgt, dass wir nach der großen Friedens- und Atomausstiegsbewegung der 1970er- und 1980er-Jah-

re wieder eine Bewegung haben für Umwelt- und Klimaschutz. Die letzte Generation darf machen, was sie macht, aber muss sich nicht wundern, dass ihre Aktionen strafrechtlich verfolgt werden. Schade ist, dass so die gesellschaftliche Akzeptanz einiger Maßnahmen torpediert wird. So neigen Menschen, die fürchten, von ihrem Wohlstand was abgeben zu müssen, eher dazu, einfache, weil bequeme Lösungsansätze zu suchen. Dies nutzt die AfD aus, etwa wenn sie den menschengemachten Klimawandel leugnet. Das Spannungsfeld, wer was abgibt, ist herausfordernd, wie ich neulich in Brandenburg erlebt habe. Ich fliege privat nicht mehr. In einem Brandenburger Landgasthof erzählte mir eine Servicekraft begeistert von ihrem ersten Urlaub überhaupt: drei Tage mit den Kindern per Flugzeug nach Mallorca! Dieser Frau wollte ich dann ihre Reise nicht madig machen. Das gilt aber dann nicht für andere, die schnell mal zum Shoppen nach New York fliegen.

Wie kann man Verhalten gut lenken und auch gut vermitteln, ohne dass dabei ‚Verzicht‘ und ‚Verbot‘ ankommen?

Schumacher: Unsere wissenschaftlichen Arbeiten zeigen, dass Haushalte mit hohem Einkommen mehr verbrauchen und viel mehr CO₂ emittieren. Im Wärmebereich ist es drei Mal so viel, weil sie größere Häuser haben und mehr Wohnfläche als Haushalte mit wenig Einkommen. Aber es sind die Haushalte mit wenig Einkommen, die mehr als das Dreifache dafür ausgeben müssen. Die Schere besteht auch in den Bereichen Strom und Verkehr. Kurz, die, die viel verbrauchen und ausstoßen, nehmen das nicht als Belastung wahr, haben also keine Anreize zu sparen und effizient mit Energie umzugehen, weil es in ihrer Geldbörse kaum einen Unterschied macht. Andererseits zeigt sich bei Haushalten mit weniger Einkommen jede Kilowattstunde, die sie nicht verbrauchen, im Portemonnaie und ermöglicht Dinge, die sie sich sonst nicht hätten leisten können. Daher strebt man danach diese Haushalte zu unterstützen, etwa mit dem Stromsparcheck der Caritas, den Frau Rolland gerade erwähnte, auf Augenhöhe, also Peer-to-Peer.

Effizienz müsste doch auch eine Option für besser gestellte Haushalte sein!

Schumacher: Bei den Haushalten mit höherem Einkommen gibt es verschiedene Gruppen. Die Pioniere, die Spaß daran haben, technologisch etwas Neues auszuprobieren. Und weil sie es sich leisten können, haben sie schon lange eine Wärmepumpe, ein E-Auto oder Dreifachverglasung – als Eigenschutz, was letztlich dann auch Klimaschutz ist. Dann die Gruppe, die klimabewusst ist und die Folgen des Wandels vielleicht auch schon zu spüren bekommen hat. Sie beschäftigen sich bewusster damit und können sich das leisten, auch beim Essen, kaufen etwa Bioprodukte. Dann gibt es noch eine große Gruppe, denen das egal ist. Die haben sich ihr Geld erarbeitet, möchten damit was anfangen ohne Einschränkungen. Das bedeutet für das „Lenken“: Wir brauchen tatsächlich in Deutschland Regelungen und Standards, das was wir Ordnungsrecht nennen. Wir dürfen Haushalten mit

höheren Einkommen durchaus auch was zumuten. Es müssen Sachen gesetzlich eingefordert werden. Das muss aber auch unterstützt werden durch Förderungen, um Klimaschutz allen möglich zu machen, niemanden abzuhängen, keine sozialen Scheren aufzubauen. Zu Fridays for Future: Bei einer Veranstaltung der Caritas und der Diakonie sagte eine Aktivistin zur Kritik von FFF ‚Uns gibt es nur, weil diejenigen, die in der Verantwortung sind, nicht genügend tun‘. Weil die Politik ihre Hausaufgaben nicht macht, gehen also Schülerinnen und Schüler auf die Straße. Das sollte die Gesellschaft aufnehmen.

Kasten: Im Verkehrssektor, meinem Forschungsgebiet, sagen einige, dass man Klimaschutz über Preise regeln sollte. Aber es muss auch Ordnungsrecht geben, ein Mix an Instrumenten. Es ist ein Fehlglaube, dass Bepreisung alle Probleme löst. So wird weder Klimaschutz noch das gesellschaftliche Verhandeln funktionieren. Wie Katja Schumacher sagte: Für die, die viel emittieren, müssten die Preise so hoch sein, dass es für einige gesellschaftliche Gruppen nicht mehr bezahlbar ist. Deswegen brauchen wir einen Politikmix, in dem Bepreisung von Emission, Nutzung von Straßen und Flächen stärker als heute eine Rolle spielen. Gleichermaßen müssen wir die vulnerablen Gruppen wieder entlasten, um diese nicht zu überfordern und gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. In Deutschland wird immer viel diskutiert, wenn der Benzinpreis steigt. Aber die europäische Perspektive zeigt, anderswo sind die gesellschaftlichen Unterschiede noch viel größer. Und wir entwickeln gerade den Emissionshandel für ganz Europa! Wenn uns also schon CO₂-Preise weh tun, die eine mittlere Lenkungswirkung haben, dann tun diese den Leuten zum Beispiel in Osteuropa viel mehr weh. Kurz: Der Lenkungswirkung über den Preis sind Grenzen gesetzt, auch weil sonst soziale Härten auftreten, die schwer in den Griff zu kriegen sind. Eine wichtige politische Aufgabe ist daher, sich genau zu überlegen, wie der Mix aus Ordnungsrecht und Bepreisung aussieht.

Wie kommuniziert man das, damit sich Menschen verstanden, nicht zurückgelassen fühlen und womöglich einfachen Lösungen nachlaufen?

Kasten: Transparent und ganzheitlich! Das mag wie eine Plattitüde klingen. Beim sogenannten Heizungsgesetz hat die Diskussion über Entlastung stattgefunden, aber sie ist nicht angekommen in der Öffentlichkeit. Ja, es ist herausfordernd, das komplexe Gebilde des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit leicht verständlich rüberzubringen, aber man kann nicht nur einen Teil herausgreifen, sondern muss immer als Gesamtpaket kommunizieren. Also, wie unterstützt der Staat und wo fordert er was. Es gehört auch zur Ehrlichkeit, dass Preise in der Individualmobilität, wenn es um fossile Mobilität geht, steigen müssen. Ein Beispiel: Einerseits wird freie Preisbildung für CO₂-Emissionen gefordert, andererseits sagt man, so schnell dürfen die Preise nicht steigen. Dann wurde vor kurzem bei steigenden Benzinpreisen die Energiesteuer reduziert. Gleichzeitig wird die Einführung eines möglichen Klimageldes, bei

dem die CO₂-Kosten – teilweise – wieder zurückgegeben werden, als ein wenig zentrales Thema eher nach hinten geschoben. Für die Bürger*innen und Unternehmen ist so der zukünftige mögliche Effekt steigender Preise für fossile Anwendungen wenig verständlich und es wird vor allem als teuer wahrgenommen.

Schumacher: Was in der Forschung zu Preisen, Kosten und Kommunikation auffällt: Es ist unheimlich schwer an Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermitteln, was etwas gekostet hätte, wenn man die andere Entscheidung getroffen hätte. Bei Wärmepumpen und Elektroautos denkt keiner darüber nach, was das Weiterheizen mit Gas oder das Weiterfahren des fossilen Fahrzeugs kostet. Menschen schauen darauf, was sie im Vergleich zu vorher bezahlen, nach dem Motto ‚es wird teurer‘. Aber dass es ohnehin teurer wird, ist so schwer zu kommunizieren. Diesen Baustein muss man unbedingt angehen, damit rational verstanden wird: Bleibt der Status Quo, wird es zukünftig teurer. Schau ich auf das verwässerte Wärme- beziehungsweise Heizungsgesetz, schreckt es mich, dass nun doch noch Zeit ist, Gasheizungen einzubauen. Klar, das ist die bequeme Lösung. Fachkräfte sind damit vertraut, das verkauft sich, das hatte man bisher auch, die Anschaffung ist günstiger – aber für das Klima schlecht. Und dass dann in fünf oder zehn Jahren die Kostenfalle droht, weil der Gaspreis weiter steigt, der CO₂-Preis hoch ist, Wasserstoff teuer ist, das ist nun schwer zu vermitteln. Fazit: Man muss kommunizieren mit Worten, Bildern, Beispielrechnungen. Wir machen viel mit Beispielhaushalten, etwa Familie X in Baden-Württemberg auf dem Land entscheidet sich so und hat die Kosten, während Familie Y in Niedersachsen es anders macht und dann das bezahlen muss. Jeder muss sich in diesen Beispielen wiederfinden, um die Zusammenhänge nachvollziehbar zu machen.

Rolland: Das plakative Erfahren ist so lehrreich! Die Bundesgartenschau BUGA 2023 in Mannheim präsentierte die 17 Nachhaltigkeitsziele, die SDGs, höchst nachvollziehbar. In ‚Weltgärten‘ konnte man sehen, welche Fläche für die Produkte einer Pizza Margherita nötig ist und um wie viel diese Fläche größer wird, wenn man sie mit Salami belegt. Oder, dass man für eine neue Jeans rund 8000 Liter Wasser braucht! Die Lebensdauer von Produkten ist ein großes Thema. Noch zur Kommunikation in einer Koalition angemerkt: Man muss mit einer Stimme sprechen, alles andere ist Harakiri. In der derzeitigen Situation der hohen Verunsicherung durch Krieg, Klimawandel, Inflation und dem Zulauf zu rechten Parteien sollten alle demokratischen Parteien ein Interesse daran haben, eine gesellschaftliche Veränderung einmütig hinzubekommen. Wenn ich dann in der Zeitung lese, dass manche in der Opposition wieder den Einstieg in die Atomkraft wollen, frage ich mich schon, worüber wir in dieser Republik reden. Es ist ein großer Schaden, wenn die demokratischen Parteien nicht in eine Richtung agieren beim Heizungsgesetz und bei Verkehrsmaßnahmen. Ein wichtiges Signal wäre: Die Richtung stimmt, selbst wenn man über Einzelheiten noch diskutieren kann.

Wie sieht das Signal zum Öffentlichen Personennahverkehr aus? Guter, bezahlbarer ÖPNV ist schließlich dem Klima zuträglicher.

Rolland: Die Bevölkerung ist noch zu wenig darüber informiert, was ein guter ÖPNV kostet. In Freiburg machte ich das als Gemeinderätin 14 Jahre lang, betonte dabei immer, dass wir den Menschen sagen müssen, was wir als Verkehrsbetrieb an die Deutsche Bahn bezahlen, wenn wir einen Kilometer auf ihrer Schiene fahren. Auch vermitteln, was Wartung, Strom und Fahrer*innen kosten! Sie sollen schließlich einen fairen Lohn erhalten. Die Frage ist, wie das bezahlt wird. Man kann über Politik schimpfen. Aber dass es die Bundesregierung jetzt geschafft hat, einen einheitlichen Tarif in Höhe von 49 Euro einzuführen, um den öffentlichen Personenverkehr in Gesamtdeutschland zu nutzen – das ist ein Durchbruch. Jetzt sollten die Personen, die nicht so viel in der Tasche haben, auch bundesweit das bekommen, was Gemeinden, Verbände und Länder zum Teil organisieren: ein einheitliches Semesterticket für die Studierenden, ein Sozialticket für die Menschen mit wenig Einkommen und ein Kinder- und Jugendticket für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler. Schülerbeförderung ist eigentlich eine Staatsausgabe, die nicht wahrgenommen wird. Das zahlen die Kommunen zu 90 Prozent. Gut für die Bevölkerung wäre, wenn man gemeinsam überlegen und handeln würde, nicht immer getrennt auf den Ebenen Bund, Länder, Kommunen. Wir brauchen auch die Wissenschaft, um der Gesellschaft zu erklären, was es kostet, wenn wir was nicht tun.

Kasten: Es ist erstaunlich, wie Politik manchmal funktioniert. Vor drei Jahren hätte ich nicht gedacht, dass wir mit dem Deutschlandticket ein einheitliches Ticket bekommen über unsere vielen Verkehrsverbände hin-

weg. Man hat dafür eine Krise gebraucht! Aber auch die Nachfrage zählt, hier sind wir wieder beim Thema transparente Kommunikation: ÖPNV attraktiver machen, das Angebot besser gestalten, auch in Regionen bieten, wo dieser bisher kaum funktioniert. Wenn nur zwei Mal pro Tag der Bus fährt, hilft das 49-Euro-Ticket nicht. Dafür muss der Staat mehr Geld zur Verfügung stellen.

Rolland: Ich habe noch ein gutes Beispiel zur Kostendiskussion: der Hochwasserschutz! Wir haben immer kämpfen müssen, um am Rhein dafür zu sorgen, dass die Stadt Köln ihre Hochwasserprobleme in den Griff bekommt.

Mit dem integrierten Rheinprogramm wurde mit den Hochwasserschutzmaßnahmen am Oberrhein begonnen. Als die Rückversicherungen die Schäden auflisteten, die die Hochwasser ausgelöst haben, war das für uns Umweltschützer*innen ein guter Hebel. Wir konnten zeigen, wenn wir nichts tun, sind die gesellschaftlichen Kosten viel höher. Die Investitionen in den Hochwasserschutz sind über die Jahre hinaus gerechnet viel günstiger. So bekamen wir das Geld für die Retentionsmaßnahmen.

Baden-Württemberg investiert bis Ende 2026 rund 170 Millionen Euro in die vierte Landesinitiative Elektromobilität. Da geht es auch um Wasserstofflösungen, Batterie-Recycling, Digitalisierung und mehr. Umwandlungsprozesse sind komplex. Und es braucht Ressourcen wie Lithium, Nickel und Seltene Erden, deren Abbau für die Umwelt schwierig ist. Wie kann das möglichst nachhaltig und sozial gestaltet werden?

Rolland: Die Automobilindustrie im Land hat lange geschlafen, die Betriebsräte haben zum Bewusstseins-



© Foto: Karsten Würth

wandel beigetragen. Dass das Land Geld gibt, ist gut. Wir haben Erfahrung mit Strukturwandel, siehe im Südwesten die Textilindustrie, die Papierindustrie oder Unterhaltungselektronik, letztere gibt es nicht mehr. Den Wandel hat man gestaltet – und das muss man nun auch tun. Jetzt brauchen wir noch gute Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen, dass Arbeitnehmer*innen mit einer Fort- und Weiterbildungsstrategie am Ball bleiben können. Wir müssen auch bei Forschung und Entwicklung Impulse setzen und brauchen eine gute Zuwanderung, weil Fachkräfte fehlen.

Kasten: Der Verkehrssektor ist, was Klima- und Umweltschutz angeht, im Vergleich zu allen anderen Sektoren stark im Hintertreffen. Alle anderen haben Emissionen gesenkt, nur der Verkehr war vor Corona noch auf demselben Emissionslevel wie 1990. Auf nationaler Ebene haben wir 20 Jahre nichts mehr gemacht bis 2019. Der starke Industriestandort stand immer im Mittelpunkt, den galt es zu schützen. Auch im Vergleich zu einigen europäischen Nachbarn sind wir strukturell hinten. Dort wurde für die Mobilitätswende viel investiert. Elektrifizierung ist die richtige Hauptstrategie für den Klimaschutz. Im Verkehr ist der entscheidende Faktor der Straßenverkehr, von dort kommen über 90 Prozent der Emissionen. Wir können weniger fahren, müssen mehr verlagern auf den ÖPNV, Fuß- und Radverkehr. Aber die Wirkung der Verlagerung und Vermeidung ist begrenzt. Deswegen tut der technische Wandel Not. China, USA, alle großen Automobilmärkte dieser Welt gehen diesen Weg. Da wir aber so wenig gemacht haben, wird der Zeitraum immer kürzer – und der Zeitraum für die Transformation ist sehr kurz.

Was sind die Hauptherausforderungen?

Kasten: Eine Herausforderung ist, die Lieferketten aufzubauen, es geht um Rohstoffe und wo sie herkommen.

Und es geht auch um Industriepolitik. Global wird um die neuen Technologien konkurriert, die USA hat den Inflation Reduction Act, in China geht man schon mehr als ein Jahrzehnt in diese Richtung. Und wir müssen Ladeinfrastruktur aufbauen, das noch in einem kurzen Zeitraum. Die EU hat mit dem Verbrenner-Aus im Jahr 2035 die richtige Entscheidung getroffen. Und wenn wir über Wohlstand diskutieren: Wir sollten alles so aufbauen, dass Teile der Wertschöpfung, also der Herstellung, in Europa stattfinden, damit wir resilient sind und nicht abhängig sind von anderen Staaten – wie beim Gas von Russland oder derzeit bei der Technologie von China! Baden-Württembergs Investitionen – als Land mit starker Automobilindustrie – sind richtig. Denn wir werden auch innerhalb Deutschlands regionale Verschiebungen sehen: In Brandenburg wird sich mit Tesla ein neuer Nukleus bilden. Und ebenso in anderen Regionen sind neue Industriestandorte der Automobilindustrie am Entstehen.

Wie sieht es mit Recycling von Batterien aus?

Kasten: Die Bedarfe an Rohstoffen steigen global sehr stark. Man kann nur dafür sorgen, dass der Abbau möglichst umweltfreundlich und sozial gerecht stattfindet. Trotz allem: Bergbau ist immer mit Umweltaffekten verbunden. Die zweite Diskussion, der wir uns in der EU stellen müssen: Wollen wir in Europa wieder mehr Primär-Rohstoffe abbauen, um unabhängiger zu sein. Für den Oberrheingraben gibt es zum Beispiel die Idee, Lithium als Teil einer Geothermieanlage zu gewinnen. Die EU hat mit der Batterieregulierung eine gute Vorgabe gemacht. Batterie-Materialien müssen recycelt werden! Und der ökonomische Anreiz für das Recycling ist da, weil wertvolle Materialien in den Batterien stecken und es teuer ist, Primärmaterialien abzubauen. Die ersten Fabriken werden gebaut. Aber erst mit der Zeit kommen Batterien dort an, wenn sie außer Betrieb gehen. Recycling wird langsam ansteigen. Ab



© Foto: Li-An Lim

2035 sollte man so viele Rückläufe an Batterien bekommen, dass zumindest für die deutschen Fahrzeuge der Abbau an Primärrohstoffen nicht mehr steigt.

Dieser Sommer war der heißeste seit der Temperaturaufzeichnung, die es seit 1850 gibt. Mensch, Pflanzen, Tiere leiden. Wie macht man Städte resilient, lebenswert – und dennoch Wohnraum bezahlbar.

Rolland: Wir wissen längst, was zu tun ist. Kaltluftschneisen erhalten; wo sie nicht vorhanden sind, sie herstellen. Gemeinden sind dazu aufgerufen, tätig zu werden, denn das kann nur jeweils vor Ort entschieden werden. Dass die Bauindustrie weniger Geld ausgeben will, ist verständlich. Aber Fassaden-, Straßen- und Dachbegrünung helfen abzukühlen. Damit die Kosten nicht durchs Dach schießen, muss der Staat das fördern. Wie wollen wir sonst schnell richtig handeln, ohne dass es für den Einzelnen zu teuer wird? Das Geld in der Staatskasse muss in Vernünftiges fließen. Die Gemeinden sind zum Teil am Anschlag. Es gibt viele Möglichkeiten auf Plätzen, Straßen, in Parks was zu machen, zur Not werden die Bäume in Kübeln durch die Stadt gefahren. Jeder Baum mehr hilft! Manchmal ist im Untergrund wegen Versorgungsleitungen kein Platz für Wurzeln! Wir brauchen keine ideologischen Diskussionen, wir müssen einfach machen: Wir wissen, wie es geht!

Schumacher: Exakt! Oft wird die kommunale Ebene in Sachen Umwelt-, Arten- und Klimaschutz unterschätzt in der medialen und politischen Diskussion. Da gibt es viele Möglichkeiten, es hat sich auch viel getan. Die autozentrierte Stadt der 1970er hat sich zum Leitbild einer lebenswerten Stadt der kurzen Wege mit hoher Aufenthaltsqualität, sozialer Interaktion, Begrünung und Anpassung an den Klimawandel gewandelt. Da gibt es so viel Potenzial. Man muss Menschen dafür begeistern, dass diese Veränderungen gut sind, für alle erstrebenswert und Wohlstand erhalten. Wichtig ist, von Pilotprojekten weg in die allgemeine Umsetzung zu kommen, um zu zeigen, dass es auch in der Breite funktionieren kann. Vieles auf Behörden muss verbessert, Bürokratie vereinfacht werden für Planung und Genehmigung. Es braucht auch Personal und Finanzmittel – und in Bundes- und Landesgesetzen mehr kommunale Spielräume, um Dinge umzusetzen. Klimaschutz sollte auch als kommunale Pflichtaufgabe gesehen werden – doch da sträubt sich noch vieles dagegen. Die Kommunen kennen ihre Gebäude und Wohnungen besser, sie wissen, wer wo wie lebt, etwa besonders bedürftig ist.

Und so mit gutem Beispiel vorangehen?

Schumacher: Ja, in eigenen Liegenschaften, Fuhrparks, mit kommunalen Unternehmen und über die Wärmeplanung, bei der Baden-Württemberg ja schon weit ist. Auch die Nationale Klimainitiative fördert Kommunen, zum Beispiel mit Klimaschutzmanager*innen vor Ort. Man muss auch bedenken, dass die Kommunen sehr divers sind. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, weil so viele Entscheidungen gleichzeitig getroffen werden müssen. Die Verwaltungsstrukturen dafür sind noch nicht richtig vorhanden. Wir haben auch gesehen:

Es hängt zum Teil davon ab, wo die Klimaschutzmanagenden angedockt sind – Bauamt, einer Stabstelle oder direkt am Bürgermeisteramt. In Zeiten knapper Finanzen und Fachkräfte kann das einen Unterschied machen.

Rolland: Aus der Verwaltung kommend weiß ich: Wenn eine Querschnittsaufgabe direkt beim Oberhaupt angesiedelt ist, steht sie bei der Priorisierung oben. Man muss aber alle Beteiligten auf Augenhöhe zusammenbringen, gemeinsam überlegen. Dieses gemeinschaftliche Denken brauchen wir mehr – in und außerhalb der Verwaltung. Wir sitzen in einem Boot, das müssen wir gemeinsam in die richtige Richtung steuern.

Kasten: Hinzu kommt Partizipation, sie wird von Bürger*innen ernst genommen, wenn auch kommuniziert wird, wo deren Grenzen liegen. Den Personen muss klar sein, wie stark sie mitsprechen können. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich dann alle mitgenommen fühlen. Wenn von den Ideen nichts umgesetzt werden kann, weil es rechtlich nicht funktioniert oder Dinge nicht genehmigt werden, herrscht Frustration.

Frustration begleitete das Heizungsgesetz, das nun durch den Bundestag ging. Pellets etwa, die CO₂ erzeugen und Holz verbrauchen, sind noch drin. Wie beurteilen Sie die abgespeckte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)?

Schumacher: Grundsätzlich ist ein Gesetz gut, das klare Vorgaben für den Anteil an Erneuerbaren bei neuen Heizungen macht und Standards setzt. Es gibt Planungshorizont und bringt den Klimaschutz in den Vordergrund. Jede erneuerbare Heizung stärkt die Energieversorgung und reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Wir haben viele Versionen des Gesetzes gesehen, vorher war manches stärker formuliert, was schneller und deutlich mehr CO₂-Minderung bewirkt hätte. Diese Aufweichung ist aus Sicht des Klimaschutzes und der Verbraucher*innen bedauerlich. Wir haben nun die Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung, das ist wichtig. Aber das hätte man schon vor Jahren machen können, um richtige Empfehlungen abgeben zu können. Ärgerlich ist, wie schon gesagt, dass nun weiter Gasheizungen eingebaut werden können, auch wenn sie potenziell fähig sein sollen, mit Wasserstoff betrieben werden zu können. Wer weiß, wann dieser Wasserstoff tatsächlich zur Verfügung steht und zu welchen Kosten? Hier sehen wir die Gefahr einer großen Kostenfalle. Gut ist, dass verpflichtend eine Beratung für alle gefordert ist, die sich eine fossile Heizung einbauen lassen möchten. Es gibt also positive Elemente – und auf die lange Bank schiebende. Zeit, die wir nicht haben. Holzpellets sind nun wieder drin, das ist bedauerlich. Sie haben hohe Feinstaubemissionen. Das Umweltbundesamt rät sogar ab von Holzheizungen.

Was ist sinnvoller?

Schumacher: Viele Sektoren würden gerne auf – nachhaltige – Biomasse zugreifen, die Nationale Biomassestrategie möchte das auffangen. Sinnvoller ist, Holz stofflich zu nutzen als Bau- oder Dämmmaterial, nicht

Dem Planeten nicht schaden

energetisch. Es gibt eine Flächenkonkurrenz zur Ernährung, auf sie sollte vorab geachtet werden. Positiv in Verbindung mit dem Heizungsgesetz ist die geplante Einführung einer sozialen Förderung. Dies wurde allerdings sehr schlecht kommuniziert. Das haben gefährliche Strömungen in ihrer Kommunikation ausgenutzt. Die Gefahr besteht, dass nun Haushalte falsche Entscheidungen treffen und auf hohen Kosten für fossile Energieträger oder Wasserstoff sitzen bleiben.

Wie funktioniert das bei Industrien, die Gas benötigen?

Schumacher: Zunächst einmal ist beim Energieverbrauch wichtig, jede nicht genutzte Kilowattstunde, ist die beste Kilowattstunde. Der erste Schritt sollte daher immer sein: Verbrauch senken, effizienter produzieren. Als zweiten Schritt elektrifizieren, wenn möglich, Strom nutzen. Und zwar direkt, nicht über Umwandlungsprozesse wie synthetische Kraftstoffe. Nur, wenn es nicht anders geht, als dritten Schritt diese Brennstoffe einsetzen. Auch die Konkurrenz zwischen den Sektoren – Industrie, Verkehr und Wärmewende, für die wir Wasserstoff brauchen – sortiert sich schnell, wenn man die drei Schritte beachtet. In der Industrie gibt es Prozesse, die brauchen weiterhin Gas, sei es als Biogas oder synthetisches Gas. Das muss auch bereitgestellt werden. Aber das hat einen schlechten Wirkungsgrad und ist relativ teuer. Es sollte nur eingesetzt werden, wo es unabdingbar ist.

Auch durch die Digitalisierung steigt der Energiebedarf enorm. So flossen 2022 bis zu zwölf Prozent des globalen Strombedarfs in digitale Geräte, Tendenz steigend. Geschätzt gibt es 3.000 große und 50.000 kleine Rechenzentren in Deutschland.

Rolland: Die Digitalisierung wird häufig als Unterstützer der Energiewende verstanden, indem sie Energieeinsparungen in den Sektoren Gebäude, Industrie und Verkehr ermöglicht. Gleichzeitig werden vermehrt Studien veröffentlicht, in denen die IT selbst als ein bedeutender Energieverbraucher beschrieben und zukünftig durch neue Anwendungen steigende Energieverbräuche erwartet werden.

Nun zu Ernährung und Artenschutz: Da monieren gerne die Bauernverbände. Wie können alle gut essen mit Klasse statt Masse ohne Naturzerstörung?

Rolland: Ein Stück weit verständlich monieren die Bauern, weil sie als Produzenten vieles umsetzen müssen, von der Ausgleichsfläche für Infrastruktur bis zur Diskussion über Pestizide. Sie haben wenig Perspektive, um die Höfe ihren Kindern weiterzugeben. Aber auf Augenhöhe sprechen nutzt auch hier. Und es muss nicht immer Bio sein. Wichtiger ist, wenn jeder Stadtteil einen Markt hat, wo die regionalen Bauern ihre saisonalen Produkte anbieten. Wir müssen die regionale Vermarktungskette stärken, brauchen die enge Verbindung zwischen Verbraucher und Hersteller. Auf unserem über 30 Jahre alten Bauernmarkt im Viertel stellt man fest, dass Leute wieder mehr im Discounter einkaufen. Aber dort ist es nur vermeintlich billiger. Die öffentliche Hand kann viel mehr tun, dass Verbraucherinnen und Verbraucher von Kindesbeinen an etwas über ge-

sunde Ernährung lernen, etwa indem man in den Mensen der Hochschulen, Schulen, Kindertagesstätten Vegetarisches anbietet. Freiburg serviert in ihren wenigen städtischen Kindergärten kein Fleisch mehr, die Eltern bezahlen dann weniger für das Mittagessen. Fleisch können die Kinder auch zu Hause essen.

Schumacher: Was außer Haus angeboten wird, kann Beispiel sein für das, was zuhause umgesetzt wird. Bedauerlich, dass nun ein großer Automobilhersteller in der Kantine wieder Fleisch anbietet. Auch hier geht es wieder um Information und Kommunikation: Wir essen in Deutschland zu viel Fleisch, was starke gesundheitliche Folgen hat. Das müssen wir deutlicher machen. Da hilft auch nicht, dass die Mehrwertsteuer immer noch für tierische Produkte reduziert ist, für pflanzliche Milchersatzprodukte den hohen Satz hat. Das soll geändert werden. Auch staatlich gesehen wäre es sinnvoll, die Mehrwertsteuer für fleischliche Produkte hochzusetzen. Dann hat man keine Steuerverluste. Kosten spielen gerade beim Essen eine Rolle und haben Lenkungswirkung. Sozial gesehen müssen Haushalte mit weniger Einkommen viel mehr für Nahrungsmittel aufbringen: Bei reichen Haushalten sind es drei Prozent ihres Budgets, bei ärmeren können es vierzehn Prozent sein. Da schlagen Preissteigerungen wie derzeit viel stärker zu Buche – und diese Haushalte essen ohnehin schon weniger Fleisch. Wir haben in einer Studie geschaut, was passiert, wenn sich alle an die Ernährungsempfehlungen halten, flexitarisch, regional und etwas saisonal: Alle würden entlastet werden. Das Problem: Menschen greifen bei den Discountern zu, weil die günstig Fleisch anbieten, statt daran zu denken, ihre Ernährung umzustellen. Meine Kollegin, eine Landwirtschaftsexpertin, betont, wie absurd Billigfleisch in Deutschland ist. Durch hohe Arbeitskosten in der Herstellungskette macht das keinen Sinn. Für Landwirte ist es in der Tat schwer. Die Umstellung auf Ökolandbau und den Tierbestand zu reduzieren, das kostet. Zum Teil wird das gefördert. Landwirtschaftsbetriebe werden zu richtigen Industriebetrieben, weil sie in starkem Wettbewerb stehen. Das muss man auflösen. Die Nachfrage spielt auch eine große Rolle. Ein Wursthersteller macht nun mehr Umsatz mit vegetarischen und veganen Produkten. Dies zeigt, dass sich das Geschäftsmodell auch lohnt.

Was folgern wir daraus?

Schumacher: Wir brauchen Vorbilder, Rezepte, Weiterbildungskampagnen. Ein Werbeverbot für Fleisch – wie wir es für Zucker diskutiert wurde – kann helfen. Noch zu Labels auf Produkten: Ein guter Ansatz, um Verbraucherinnen und Verbrauchern bewusst zu machen, was das Produkt mit sich bringt auch in Sachen Umwelt, Klima, Ressourcen und Gesundheit. Doch das derzeitige Label, der Nutriscore, ist noch zu verwirrend. Dass da nur Produkte in der gleichen Kategorie verglichen werden, so eine Chipstüte auch ein A oder B bekommen kann, ist schlecht. Das ist gut gedacht, noch nicht gut genug gemacht. Da sind wir wieder bei Frau Rollands Worten: Machen ist das Wichtigste, auf die Umsetzung kommt es an. •

Dieser Sommer war sehr heiß. Die Erde heizt sich auf. Daher muss das Klima geschützt werden. Wie kann man das sozial gerecht und nachhaltig machen? Darum geht es in den Artikeln und im Interview dieser Ausgabe.

Was ist Nachhaltigkeit?

Das Leben braucht Grundlagen. Dazu gehören etwa guter Boden, sauberes Wasser, gesunde Luft. Das nennt man auch Ressourcen. Sie muss man gut behandeln. Damit es noch morgen und übermorgen Ressourcen gibt. Damit auch Enkel und Urenkel überleben können. Zum Beispiel soll nur so viel Holz geschlagen werden, wie ständig nachwachsen kann. Das heißt Prinzip der Nachhaltigkeit. Bergrat Hans Carl von Carlowitz beschrieb dieses Prinzip schon 1713 für den Wald.

Was kann man daraus für andere Bereiche lernen?

Nur so viele Rohstoffe verbrauchen, dass es der Erde, den Menschen, Tieren und Pflanzen nicht schadet. Der Planet muss sich regenerieren, also erholen können.

Was hilft dem Planeten Erde?

Beispielsweise CO₂ einsparen! CO₂, das Kohlendioxid, ist ein Treibhausgas. Das erwärmt die Atmosphäre der Erde. Darum wird es heißer. Das nennt man Klimawandel. Das ist gefährlich für Erde, Bewohnerinnen und Bewohner. CO₂ gilt als Verursacher von 75 Prozent dieses menschengemachten Klimawandels.

Warum gelangt so viel CO₂ in die Atmosphäre?

Weil vor allem seit etwa 100 Jahren zu viel Kohle, Erdöl und Erdgas verbrannt wird. Sie nennt man fossile Energieträger. Auch werden zu viele Bäume gefällt. Doch Wälder

speichern CO₂. Sie gehören zu den größten natürlichen Kohlenstoffspeichern der Erde.

Wie kann man CO₂ einsparen?

Keine fossile Energie mehr verbrennen!

Dafür, wenn möglich:

- zu Fuß gehen
- mit dem Fahrrad fahren
- mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein
- mehr Elektro-Autos (E-Autos) auf die Straße
- Strom und Wärme aus Sonne, Wind und Biomasse herstellen
- wenig oder gar kein Fleisch essen
- Lebensmittel kaufen, die vor Ort wachsen und auf die Jahreszeit achten
- Energieeffizienz, also Energie sparen

Es braucht also eine Energiewende. Wer bezahlt das?

Wohlhabendere Haushalte verbrauchen mehr Ressourcen. Menschen mit weniger im Geldbeutel verbrauchen weniger Ressourcen. Forscherinnen und Forscher fordern: Menschen, die mehr verbrauchen, sollen mehr abgeben. Menschen mit weniger Geld sollen gefördert und entlastet werden. Das soll die Politik regeln.

Was macht die AWO?

Auch die AWO setzt auf E-Autos, regionales, saisonales Essen, Energieeffizienz und mehr. Und sie bezahlt ihre Mitarbeiter*innen fair. Auch das ist sozial nachhaltig.

Verantwortung säen, Selbstwirksamkeit ernten

Nachhaltiger Kräutergarten in der Sozialen Gruppenarbeit Leonberg. – Schon im zweiten Jahr betreuen die Kinder der Sozialen Gruppenarbeit ihren eigenen kleinen Kräutergarten. „Diesen durften wir, deutlich verwildert, von der Pestalozzischule übernehmen und neu bepflanzen“, heißt es dort. „Gemeinsam gab es viel zu tun. So musste erstmal eine gebrochene Stelle repariert, die alten Pflanzen zurückgeschnitten und Unkraut entfernt werden.“

Mit den Kindern wurden zunächst frische Kräuter und Erde für die Neubepflanzung gekauft. Dadurch lernten die Kinder viel über die verschiedenen Pflanzen, deren Geschmack und Verwendung. Ein besonderes Highlight ist nach wie vor eine Erdbeerpflanze, die süße Früchte zum Naschen hervorbringt.

In der Gruppe wird regelmäßig frisch gekocht und einmal wöchentlich gemeinsam ein gesunder Snack zubereitet – mit den Kräutern des Gartens. Dies spart Ressourcen beim Einkauf und die Kinder erfahren so in der Praxis, wie ihre gesunden und leckeren Pflanzen in Mahlzeiten eingebunden werden.

Im Frühling wurde das Beet durch Blühpflanzen und ein Insektenhotel erweitert. Auch hier waren die Kinder wieder in Blumenauswahl, Einkauf und Bepflanzung eingebunden. Das Herumwerkeln mit duftenden Pflanzen, würzigen Kräutern, verschiedensten Gartengeräten, luftiger Erde und klarem Wasser ist immer wieder eine sehr beliebte Aufgabe, die gleichzeitig verschiedenste Sinneserfahrungen ermöglicht.

Besonders im Sommer müssen Kräuter und Blumen häufig gegossen und verblühte Teile abgeschnitten werden. Auch Unkraut breitet sich bei mangelnder Pflege schnell im Beet aus. Wurde dies vernachlässigt, waren die Folgen direkt zu sehen. Im umgekehrten Fall wurde die Mühe der Kinder jedoch auch durch besonders üppige Blüten und noch mehr süßen Erdbeeren als im letzten Jahr belohnt. Dadurch lernten die Kinder ganz nebenbei Verantwortung und konnten Selbstwirksamkeit erfahren.

Neben dem Blumen- und Kräuterbeet gibt es auch einen kleinen nachhaltigen Weihnachtsbaum in der Gruppe. Dieser lebt in einem Pflanztopf, wird jedes Jahr ein bisschen größer und darf noch viele Jahre um die Weihnachtszeit von den Kindern geschmückt werden. •



Lebenswerte

Was andere wegschmeißen, wird bei der AWO Schulkindbetreuung in Ludwigsburg wiederverwertet, also „upgecycelt“. Upcycling ist eine Form des Recyclings: Abfallprodukte oder nutzlose Stoffe werden in neuwertige Produkte umgewandelt und so – im Gegensatz zum Downcycling – aufgewertet.



Alte Tennisbälle werden zu Sorgenfressern.



Blumendeko aus alten Buchseiten



Traumfänger aus Teppichrollen und Stiftebehälter aus alten Gläsern



Gartendeko aus alten Blechdosen



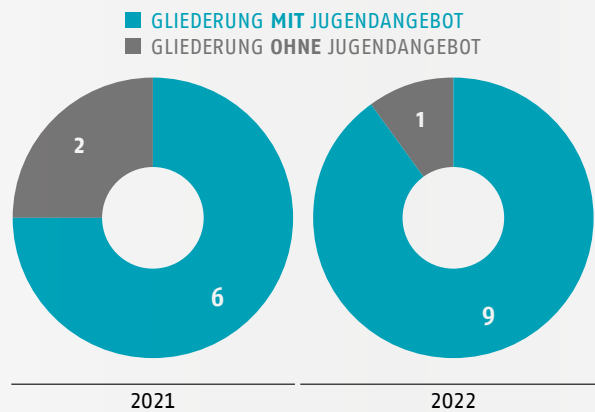
Wasserfeste Einkaufstaschen aus recycelten Regenschirmen

Die Basis für eine kraftvolle AWO

Die Bad Mergentheimer Erklärung – oder warum Kinder auch für die Verbandsentwicklung der AWO die Zukunft sind.

In den vergangenen Jahren hat der Bezirksverband sich viel Zeit genommen, um zu analysieren, wie die Orts- und Kreisverbände der AWO in Württemberg aufgestellt sind. Dabei wurden durch die Denkfabrik 2022, die Abfrage der Mitgliederentwicklung und den OTA 2023 erfasst, welches die größten Herausforderungen, aber auch die wichtigsten Schritte für die Zukunft für den Verband sind. Aus den Ergebnissen wurde in den vergangenen Monaten die Verbandsstrategie entwickelt, die durch den Bezirksvorstand am 15. Juli 2023 auf der Vorstandsklausur verabschiedet wurde. Diese Entscheidung, die als Bad Mergentheimer Erklärung einen wichtigen Wendepunkt für die AWO in Württemberg darstellt, beinhaltet fünf Ziele, welche bis 2030 umgesetzt werden sollen.

Durchschnittliche Anzahl an gewonnenen Mitgliedern in den Gliederungen



Eine genauere Analyse der Mitgliederentwicklung hat ergeben, dass besonders in den Gliederungen, in denen ein Kinder- und Jugendangebot vorhanden ist, neue Mitglieder gewonnen werden können. Die Datenlage legt nahe, dass eine Gliederung mit einem Kinder- und/oder Jugendangebot mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent im Jahr 2021 dreimal so viele neue Mitglieder gewonnen hat und im Jahr 2022 sogar neunmal.

Man sieht also deutlich, um Mitglieder zu gewinnen und damit auch das langjährige Bestehen eines Kreis- oder Ortsvereins zu garantieren, ist die Arbeit mit jungen Menschen entscheidend.

Deshalb lautet das erste und inhaltlich wichtigste Ziel der Bad Mergentheimer Erklärung:

Wir setzen jährlich mit jedem Kreisverband in einer Gliederung ein neues Angebot für Kinder- oder Jugendliche in Form von Waldheimen und Stadtrand-erholungen oder Freizeitangeboten um.

Somit müssen alle Kreisverbände prüfen, welche Angebote in ihren Ortsvereinen bereits vorhanden sind, welche Potentiale und Ideen es für neue Angebote gibt, und überlegen, wie die neuen Ideen nach und nach umgesetzt werden können, sodass es langfristig in allen Kreisverbänden ein breit angelegtes Angebot für junge Menschen gibt.

Das zweite Ziel ist, die Strukturen der Gliederungen so anzupassen, dass ehrenamtliches Engagement in allen Ortsvereinen erleichtert wird:

Bis zum Jahr 2025 wurden sämtliche inaktive Ortsvereine in Stützpunkte umgewandelt, um Compliance-Vorstößen vorzubeugen und Chancen für neues Engagement zu ermöglichen.

Bei der Umwandlung in Stützpunkten geht es vor allem darum, bestehendes Engagement in neuer Form zu erhalten und die Motivation der Ehrenamtlichen durch den Abbau bürokratischer Strukturen zu erhöhen. Dazu braucht es Voraussetzungen. Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, dass viele Gliederungen veraltete Satzungen haben, die dringend angepasst werden müssen. Die aktuelle Mustersatzung bietet für Gliederungen neue Möglichkeiten, wie das Einrichten von Themengruppen oder die Umwandlung in einen Stützpunkt. Diese Möglichkeiten sind vor allem dann wichtig, wenn es der Gliederung schwerfällt, neue Mitglieder zu gewinnen. Doch dank neuer Strukturen kann der Fokus wieder auf die inhaltliche Arbeit gelegt werden.

Damit die Möglichkeiten von allen Gliederungen bei Bedarf genutzt werden können, lautet das dritte Ziel:

Bis zum Jahr 2025 sind sämtliche Satzungen aller Kreisverbände aktualisiert worden, um die Umwandlung von Ortsvereinen in Stützpunkte im ganzen Bezirk zu ermöglichen.

In den vergangenen Jahren kam es immer wieder vor, dass inaktive Ortsvereine aufgelöst werden mussten, weil sich keine Ehrenamtlichen mehr fanden, die in die Vorstandsarbeit einsteigen wollten. Je länger ein Ortsverein inaktiv ist, desto höher die Gefahr, dass er irgendwann aufgelöst werden muss. Wenn alle Kreisverbandsatzungen aktualisiert wurden, dann ist die Auflösung inaktiver Ortsvereine nicht mehr notwendig, weil diese dann in Stützpunkte umgewandelt werden können, um so die ehrenamtliche Arbeit unabhängig von der Vorstandsarbeit am Leben erhalten zu können.

Aufgrund der Verschiebungen in der Mitgliederstruktur, der veränderten Bereitschaft von Ehrenamtlichen, Vorstandsarbeit zu übernehmen, und den erhöhten bürokratischen Anforderungen an Vorstände müssen ehrenamtliche Strukturen entlastet werden. Es braucht zwingend hauptamtliche Unterstützung etwa durch Engagementmanager*innen, wenn AWO-Leben vor Ort überall weiter oder wieder stattfinden soll. Der Erhalt von Strukturen ist kein Selbstzweck. Denn wo sonst soll die AWO Gemeinschaft organisieren? Wo Angebote für die Menschen in ihren Kommunen auf die Beine stellen? Es geht darum, Ideen zu entwickeln, neue Angebote auszuprobieren und zu etablieren und die ehrenamtlichen Strukturen zu vernetzen. Der Auftrag der Engagementmanager*innen ist, in Zusammenarbeit mit den Kreis- und Ortsvereinen, die AWO im Gesamten zu erhalten.

So lautet das vierte Ziel der Bad Mergentheimer Erklärung kurz und knapp:

In keinem Ort mehr verschwindet die AWO.

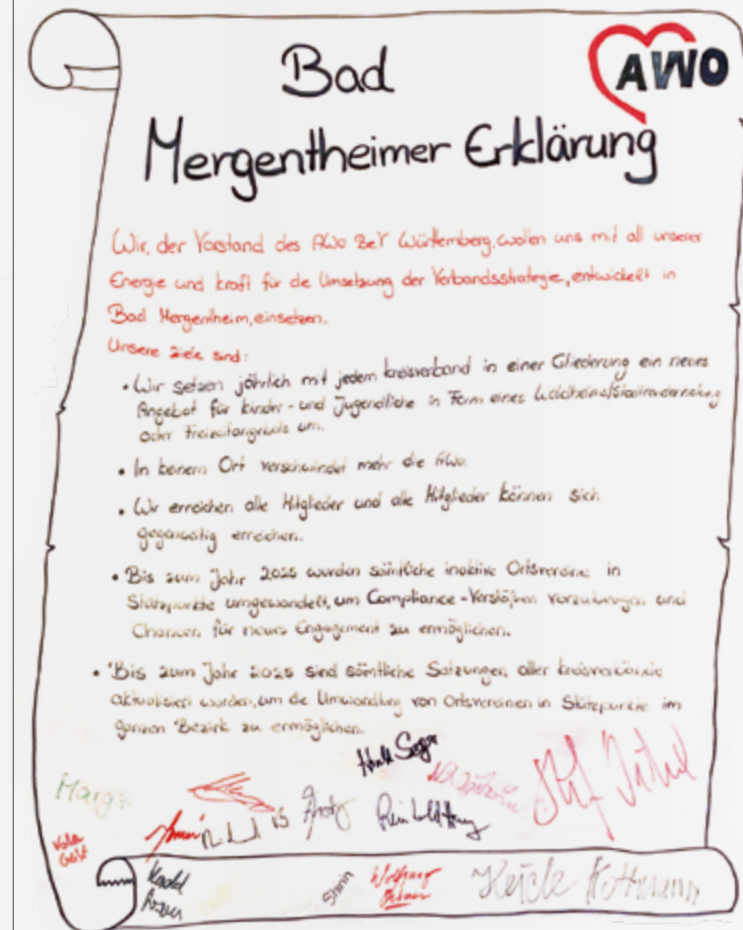
Neben hauptamtlicher Unterstützung hat sich bei verschiedenen Verbandsveranstaltungen der vergangenen Jahre auch ehrenamtliche Unterstützung und der Austausch untereinander als sehr hilfreich erwiesen. Ein solcher Austausch kann allerdings nur

dann erfolgen, wenn alle Mitglieder über die geplanten Veranstaltungen informiert sind und wenn sich die Mitglieder auch zwischen den Veranstaltungen untereinander erreichen und austauschen können. Dafür braucht es eine Struktur, die möglich macht, dass Mitglieder verschiedener Gliederungen Kontakt zueinander aufbauen können für einen kollegialen Austausch.

Deshalb heißt das fünfte und letzte Ziel:

Wir erreichen alle Mitglieder und alle Mitglieder können sich gegenseitig erreichen.

Die Bad Mergentheimer Erklärung ist die Basis für eine kraftvolle AWO. Sie trifft eine klare strategische Entscheidung zur Stärkung des Ehrenamtes und verpflichtet sich zu einem breiten, von vielen Schultern getragenen Angebot für Kinder und Jugendliche, für Ältere und sozial Schwache. Die AWO und ihre Grundwerte soll in den Ortsvereinen und Stützpunkten für möglichst viele erfahrbar sein und zu einer solidarischen Gesellschaft beitragen. • **Franziska Diemer, Leitung Fachbereich Soziales & Verband**



Wie Kinder in der Barockstadt an das Thema Nachhaltigkeit herangeführt werden.

Mit dem Gemüse wachsen. In Onkel Toms Hütte legen die Kitakinder Gemüsehochbeete an – „Theorie ist gut. Praxis ist unschlagbar – und die soll richtig Spaß machen: Bei unserem Projekt werden die Kinder selbst zu Gärtnern“, schwärmen die Fachkräfte der Kita Onkel Toms Hütte. Die Kinder buddeln, harken, gießen und legen Gemüsehochbeete an, gemeinsam mit einem geschulten Team im Auftrag der EDEKA Stiftung. „Die Kleinen übernehmen Verantwortung für ihr Beet. Und erhalten dazu Setzlinge, Pflanzensamen, Schürzen und Gießkannen sowie begleitende Lernmaterialien.“ Frühkindliches Lernen und Erleben sei der Schlüssel für nachhaltige Bildung und der Kern des ernährungspädagogischen Konzepts in Onkel Toms Hütte. Die Kids profitierten vom aktiven Naturerlebnis und von abwechslungsreichem, altersgerecht aufbereitetem Ernährungswissen. „Wir freuen uns auf die Ernte!“



Viele Hände helfen der Natur. Grundschul Kinder in Hoheneck bauen ein Insektenhotel. – Das Motto ist Programm. „Helping Hands“ lautet die Kooperation der AWO-Schulkinderbetreuung an der Grundschule Hoheneck mit der Firma Mondelez, bei der ein Insektenhotel samt Hochbeet für die Schule entstand. Das bauten Mondelez-Mitarbeiter Alen Senjic und Blendon Bajrami gemeinsam mit den Kindern. Die fügten mit Feuereifer Etage auf Etage des Insektenhotels zusammen, füllten begeistert verschiedene Gefäße mit Bambus oder Stroh, gingen auf die Suche nach Tannenzapfen oder anderen geeigneten Naturmaterialien. Ein besonderes Highlight war das Bohren der Löcher in die getrockneten Holzstämmchen, unterstützt von Blen-

don und Alen, und auch das Bepflanzen des Hochbeets mit verschiedenen Kräutern wie Thymian, Rosmarin und Petersilie. Um vor allem den Bienen und Schmetterlingen eine tolle Blumenwiese bieten zu können, wurde neben dem Insektenhotel ein Beet mit Wildblumen gesät. „Um dieses Projekt verwirklichen zu können, spendete uns der REWE Freiberg die Paletten und Mondelez beschenkte uns mit verschiedenen Kräutern sowie Erde für unser Hochbeet, dafür möchten wir uns herzlich bedanken“, so die AWO-Fachkräfte.



Viel Neues auf dem Grünzug Pflugfelden. Die Kinder der Kita Bullerbü helfen bei der Nistkästensäuberung. – Die Kinder des Kinder- und Familienzentrums Bullerbü helfen wieder bei der diesjährigen Nistkästensäuberung. Vergangenes Jahr unterstützte sie ehrenamtlich Bärbel Wasser von den Grünzug Paten Pflugfelden bei der Aktion. Sie erklärte den Kindern, warum es so wichtig für die Natur ist, einmal im Jahr, also im Herbst und Winter, die Nistkästen zu säubern. Die meisten Vögel können das alte Nest nicht selbst entfernen oder reinigen. Auf diese Weise sollen die Jungvögel im Folgejahr vor Parasiten geschützt werden, die sich im Laufe der letzten Brut im Nest angesammelt haben. Dies und mehr lernten die Kinder bei dem abwechslungs- und lehrreichen Tag auf dem Grünzug in Pflugfelden. Sie freuen sich schon auf den Herbst und den Ausflug mit Bärbel Wasser auf der Suche nach Nistkästen.

Früh lernen, wie man mit Natur und Umwelt umgeht. Die Bullerbü-Kinder sind bei der AVL-Landschaftsputzaktion dabei. – Ausgerüstet mit Arbeitshandschuhen, Zangen und Müllsäcken ging es für die Kinder des Kinder- und Familienzentrums Bullerbü raus zur Landschaftsputzaktion der AVL, der Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg. Gemeinsam haben sie die Umgebung vom Müll befreit. Es seien einige Säcke Müll zusammengekommen, so die AWO-Mitarbeitenden. Sie betonen, dass man einen sorgsam Umgang mit Natur und Umwelt nicht früh genug erlernen könne. „In unserer täglichen Arbeit wird den Kindern die Verwendung von wieder verwertbaren Materialien und eine sachgerechte Mülltrennung und Entsorgung spielerisch vermittelt. Zusammen mit dem AVL widmen wir uns darüber hinaus jedes Jahr dem Thema Müllrecycling und Müllvermeidung.“ •

Didaktische Kompetenzen gefragt

Praxisanleiter*innen sind wichtige Schlüsselfiguren in der praktischen Ausbildung. – Am 1. Januar 2020 trat das Pflegeberufegesetz (PflBG) in Kraft. Dabei nehmen Praxisanleiter*innen eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Kompetenzorientierung der generalistischen Ausbildung verändert sowohl die theoretische als auch die praktische Pflegeausbildung. Das ist nicht neu. Indes nimmt die Pflegeausbildungreform, verankert im PflBG, die Kompetenzorientierung stärker in den Fokus. Diese Neuausrichtung begann seit 1980 basierend auf arbeitsorganisatorischen Entwicklungen und Forschungen. Die Anforderungen an die Arbeitsfelder, damit an das Niveau, steigen. Das bedeutet auch eine Ausweitung der Handlungsspielräume: Neben den fachlichen Anforderungen nehmen sozialer Fähigkeiten, insbesondere Team- und Kooperationsfähigkeit an Bedeutung zu. In den Arbeitsfeldern des Gesundheitswesens, speziell in den Settings der Pflege, wird diese Entwicklungsdynamik deutlich. Die Pflege ist zunehmend komplexer und erfordert erweiterte Handlungskompetenzen.

Die Komplexität ist auch bedingt durch die Pflegeanlässe: Die zu pflegenden Menschen sind zunehmend multimorbid. Hinzu kommen die Förderung der Selbstpflegekompetenz und der Gesundheitskompetenz, sowie das Verarbeiten des Krankheitsgeschehens und der Altersbelastungen. Weitere Aspekte sind die Interaktionsstrukturen, also die Anzahl der Personen, ihre impliziten und expliziten Erwartungen an die Situation sowie die Art der Beziehungen und das Verhalten der Personen zueinander. Schließlich spielen die institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Settings eine Rolle, gesellschaftliche Kontexte sowie die Ausrichtung sozialer Situationen auf den Menschen als komplexes Wesen.

Königsweg in der Vermittlung von Kompetenzen

Um dieser Komplexität zu begegnen, braucht es breit gefächerte Handlungskompetenzen. Deren Weiterentwicklung innerhalb der dreijährigen Ausbildung ist zentrale Aufgabe aller Akteure – sowohl in Theorie als auch am praktischen Lernort. Ein Königsweg in der Vermittlung von Kompetenzen und in der Berufsbildungspraxis stellt das selbstgesteuerte, handlungsorientierte und problemorientierte Lehren und Lernen dar. Diese didaktischen Konzepte wurden vielfach in der Praxis erprobt und gelten als funktionierend. Laut Pflegeberufegesetz sollen praxisleitende Personen die Auszubildenden schrittweise an die Aufgaben

heranführen. Für diese Hauptaufgaben benötigen die/der Praxisanleiter*in nicht nur einen strukturierten, systematischen betrieblichen Ausbildungsplan mit umfassenden didaktisch ausgeklügelten Lehr- und Lernmaterialien. Sie brauchen auch didaktische Kompetenzen, um diese umzusetzen. Das Konzept bietet dafür wichtige Instrumente.

Wichtige Aufgabe zu erfüllen
Der AWO Bezirksverband Württemberg fördert die Kompetenzentwicklung seiner praxisleitenden Personen. Dort wurden ein umfassender betrieblicher Ausbildungsplan sowie ein Ausbildungskonzept entwickelt. Die Lehr- und Lernmaterialien orientierten sich am Pflegeberufegesetz sowie an der Rahmenausbildungspläne zur praktischen Ausbildung der Fachkommission nach § 53 PflBG. Der AWO Bezirksverband Württemberg bietet mit seiner Berufsfachschule für Pflege „AWO Bildungsakademie Württemberg“ an den Standorten Sindelfingen und Stuttgart-Pragsattel ein breites Angebot an Fortbildungen, um die didaktischen Kompetenzen der Praxisanleiter*innen weiterzuentwickeln. Diese und weitere Maßnahmen unterstützen und befähigen Praxisanleiter*innen, ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie sind wichtige Schlüsselpersonen, die für eine hohe Qualität in der praktischen Ausbildung sorgen und so zukünftige Pflegefachfrauen/*-männer für die immerwährende komplexe pflegerische Versorgung vorbereiten. •



Praxisanleiter*innen spielen eine wichtige Rolle für die Qualität der Ausbildung.

Jetzt Stärkung statt Streichung

Kampagne für Stärkung der Freiwilligendienste erreicht über 90.000 Unterschriften. – Die Kampagne „Freiwilligendienst stärken“ ist mit ihrer Petition an den Deutschen Bundestag erfolgreich: Mehr als 92.000 Menschen unterstützen die Forderung nach einer Stärkung der Freiwilligendienste. Damit hat die Petition deutlich das Quorum von 50.000 Unterschriften überschritten, so dass es im Herbst eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages geben wird.

Das Besondere an der Kampagne und der Petition ist: Die Initiative geht von den Freiwilligen selbst aus. Sie fordern, dass Bund und Länder ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Freiwilligendienste im In- und Ausland attraktiver zu machen. Gefordert wird eine grundlegend bessere finanzielle Ausstattung, um alle Freiwilligenplätze zu fördern, die Taschengelder anzuheben, die Seminare besser zu finanzieren und kostenlose Mobilität zu ermöglichen nach dem Motto #freifahrtfürfreiwillige. Außerdem soll dies nicht angerechnet werden auf Rundfunkgebühren, Wohngeld, Sozialleistungen und anderes mehr.

„Die aktuellen Bedingungen in den Freiwilligendiensten sind bereits länger nicht mehr tragbar!“

Marie Beimen

Zum Erfolg der Petition erklärt die Petentin Marie Beimen aus Schwerte: „Die vielen Unterschriften für unsere Petition sind die Leistung von wochenlangem Engagement von Freiwilligen und den Strukturen der Freiwilligendienstlandschaft. Die zahlreichen Unterschriften machen deutlich, die aktuellen Bedingungen in den Freiwilligendiensten sind bereits länger nicht mehr tragbar!“

Die Petition ist auch eine Antwort auf die Kürzungspläne der Bundesregierung: Im Haushaltsentwurf ist eine Einsparung von 78 Millionen vorgesehen, was rund 24 Prozent aller Bundesmittel für die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst entspricht.

Zusammenfall ganzer Einsatzstellenbereiche droht. Beimen bezeichnet es als Katastrophe, dass gerade jetzt die Bundesregierung die Freiwilligendienste zusammenkürzen will, so in Kauf nehmen, dass jeder vierter Platz in einer Einsatzstelle wegfalle. „Wir werden bei unserer Anhörung ganz klar machen: Wir brauchen jetzt eine Stärkung, keine Streichung. Mit den geplanten Streichungen droht der Zusammenfall ganzer Einsatzstellenbereiche und Strukturen, welche auch die Zivilgesellschaft deutlich zu spüren bekommen wird. Deshalb werden wir alles unternehmen, um die Kürzungen zu verhindern.“ Die Kürzungen würden die gesamten Rahmenbedingungen für Freiwillige massiv verschlechtern und die Freiwilligendienste in ihrer pädagogischen Qualität, Struktur und Existenz im In- und Ausland bedrohen.

Auch die Freiwilligendienstleistenden der AWO Württemberg waren an der Unterschriften-Aktion beteiligt: Nachdem die Gruppensprechenden die Petition in den Abschluss-Seminaren vorgestellt hatten, nahmen viele der Freiwilligen analoge Listen mit nach Hause und sammelten im Familien-, Bekannten- und Freund*innenkreis. Ebenso wurde auf Social Media für die Kampagne geworben. Hier wird es auch weiterhin Informationen über den weiteren Verlauf geben:

www.instagram.com/fwdstaerken

www.facebook.com/fwdstaerken

www.twitter.com/fwdstaerken



Wie geht es weiter?

Der Petitionsausschuss muss nach dem Erreichen des Quorums jetzt eine öffentliche Anhörung zur Beratung der Petition ansetzen. Die Anhörung wird erst

nach der Sommerpause des Bundestages stattfinden, sodass der frühestmögliche Zeitpunkt für die Anhörung im September ist. Anschließend wird es Rückfragen der Politiker*innen an die Petentin, eine*n Fachexperten*in und die Bundesregierung geben. Ergibt die Beratung im Petitionsausschuss, dass die Petition insgesamt oder teilweise begründet ist, fasst der Bundestag auf Empfehlung des Petitionsausschusses einen entsprechenden Beschluss, der der Bundesregierung übermittelt wird. Dabei sind unterschiedlich weitreichende Beschlüsse möglich, mit denen die Bundesregierung aufgefordert wird, im Sinne der Petition tätig zu werden. Weitere Infos zum Verfahren sind hier zu finden:

www.bundestag.de/ausschuesse/a02_Petitionsausschuss/hinweise-867798. •

•

„Stark machen“

So heißt ein kleines, feines Projekt im Bereich des Integrationsmanagements. – Im Mai 2023 ging es los. Neun ukrainische Fachkräfte, die spezialisiert in Psychologie sind, bieten nun ukrainischen Geflüchteten, die in Schwäbisch Hall leben, ehrenamtlich psychologische Unterstützung an.

Ziel des Projektes ist es, vom Krieg betroffene Frauen und Männer zu stärken in ihrem Umgang mit der

aktuellen Situation. In einzelnen Workshops wird in Gruppen zu verschiedenen Themen gearbeitet und diskutiert. Mit Hilfe unterschiedlicher Methoden gehen die Fachkräfte auf die verschiedenen Trauer- und Traumareaktionen ein, um die Menschen im Verarbeitungsprozess zu unterstützen.

Beispielsweise werden die Teilnehmer*innen mittels künstlerisch-kreativer Tätigkeiten dazu motiviert, Wahrnehmungen und Empfindungen intensiv zu reflektieren. Bei den Workshops ist es wichtig, den Betroffenen primär Sicherheit zu vermitteln, ihnen Gelegenheit zu geben über das Erlebte zu sprechen und es einordnen zu können sowie im Alltag einen angstfreien, geregelten Tagesablauf zu finden. •



Workshop im Park: Künstlerisch-kreative Tätigkeiten helfen, Wahrnehmungen und Empfindungen zu reflektieren.


Entscheidung für das Morgen

Das Projekt „My Choice“ wird über das Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ gefördert. – „My Choice“ heißt auf Deutsch „Meine Wahl“.

So lautet bewusst der Titel eines Projekts mit dem Ziel, jungen Menschen in einer Lebensphase der Entscheidungen zu unterstützen. Dieses Trainingscenter für Entscheidungsfindung soll einen Raum schaffen, in dem Jugendliche Ideen entwickeln und umsetzen lernen. Das Projekt, das von April bis Dezember 2023 läuft und mit 55.000 Euro aus dem Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ gefördert wird, startete mit einem Event, um in eine Co-Creation-Phase zu münden mit kurzen Impulsen zum Thema „Entscheidungen treffen“. Es folgte eine gemeinsame Sammlung von Ideen und der Wahl, welche davon umgesetzt werden – sowie entsprechende Ter-

minabsprachen. Der erste Projektdurchlauf startete in Fichtenberg, wo es bereits gute Kontakte zu Schülerinnen und Schülern der Grund- und Werkrealschule gibt. Nach den Sommerferien sind weitere Aktionen an verschiedenen Standorten im Landkreis geplant.

Hintergrund: „MY CHOICE“ soll Jugendlichen helfen, von Hilfeempfangenden zu „Machern“ zu werden und ihre Ideen und Visionen in Lösungsprozessen umzusetzen. „Wir freuen uns sehr über die Förderung und die Möglichkeit, jungen Menschen in dieser wichtigen Phase ihres Lebens zur Seite zu stehen“, so Projektverantwortliche Isabell Mager. •



Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit ist ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es wird umgesetzt von der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) und der Stiftung SPI. Der Programmteil „Kinder- und Jugendbeteiligung im Zukunftspaket“ wird verantwortet von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS).

AWO ULM

Mit „Early Excellence“ und „Montessori“

Die Wieland Betriebskita „Kupfernest“ im Donauthal geht neue Wege. – Die Freude war groß, als 2022 die Türen der neuen Wieland Betriebskita für die Familien öffneten. Denn die Wieland Werke Ulm wagten damit etwas Neues. Ist dies doch die

erste Kita der schwäbischen Firma, die sich auf Kupfer spezialisiert hat. Als pädagogischen Partner hat sich das Unternehmen für die AWO Ulm entschieden. Deren Fachkräfte betreuen 45 Kinder von Mitarbeitenden der Wieland Werke und zwei weiteren nahen Industrierwerken, die zukünftig die knapp 900 Quadratmeter mit Leben erfüllen.

Im Kupfernest werden Kinder vom Krippenalter bis zum sechsten Lebensjahr betreut – zu familienfreundlichen Öffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr. Mit dem pädagogischen Ansatz des offenen Hauses kümmern sich die Fachkräfte um die Kleinen, zwei Hauswirtschaftskräfte sorgen sich um deren leibliches Wohl. Ob Frühstück vom Bauernhof, Mittagessen aus der Wieland-Kantine oder Snack, alles wird täglich frisch hergestellt.

Ressourcenorientierter Blick auf Kinder und Familien

Und seit der Eröffnungsfeier hat sich viel getan. Die zunächst zweigruppige Einrichtung eröffnete im Februar 2023 eine dritte Gruppe. Auch zukünftig hat das nun 14-köpfige, multiprofessionelle Team viel vor mit einem im Raum Ulm neuen Ansatz! Im September startet die Kita mit dem „Early-Excellence-Ansatz“ und der „Montessori Pädagogik“. Folgende Säulen spielen dabei eine wichtige Rolle: Ressourcenorientierter Blick auf die Kinder und ihre Familien, selbsttätiges Lernen im Spiel, jedes Kind ist exzellent, Anerkennung der Eltern als Experten ihres Kindes. Das Team um Janina Kröner, Einrichtungsleiterin des Kupfernests, hat sich also viel vorgenommen und freut sich, diesen neuen Weg gemeinsam mit den Familien und Kindern zu gehen. •



BEZIRKSVERBAND

Mittelfristig gut ausgebildetes Pflegefachpersonal

Indischer Kooperationspartner besucht AWO Württemberg. – Die AWO Württemberg arbeitet mit den Assisi Institut of Foreign Languages im indischen Kerala zusammen. Dessen Direktor, Pater Jeby, besuchte nun verschiedene Pflegeeinrichtungen der AWO Württemberg, um sich über den Stand der Kooperation zu informieren und wie diese praktisch umgesetzt wird in den Einrichtungen. Der feierliche Abschluss der



Indisch Tanzen will geübt sein.

Besuchswoche fand im Seniorenzentrum am Stadtgarten in Kornwestheim statt. Dort stellte Pater Jeby das Assisi Institut of Foreign Languages vor, der in einen regen Austausch mündete mit den Einrichtungs- und Pflegedienstleitungen, den Praxisanleitungen und Mitarbeiter*innen der AWO Einrichtungen. Besonders schön war, dass auch sehr viele indische Auszubildende die Veranstaltung besuchten und

über ihre Eindrücke in Deutschland und der AWO berichteten. Es beeindruckte und berührte, wie willkommen sich die indischen Auszubildenden hier fühlen, wie sehr sie das große Engagement der AWO für sie schätzen. Als Dankeschön hatten die indischen Azubis verschiedene Gesangs- und Tanzvorstellungen vorbereitet und für die über 80 Anwesenden indisch gekocht – was unglaublich lecker war! •

Auch mittelfristig gut ausgebildetes Pflegefachpersonal

Dank die Kooperation konnten innerhalb eines Jahres rund 50 junge indische Menschen für die AWO gewonnen werden, die nun in den Einrichtungen und der AWO-Bildungsakademie ihre Ausbildung zur/zum Pflegefachfrau/-mann machen. Diese Rekrutierung von angehenden Fachkräften ist ein weiterer wertvoller Baustein, um den mittelfristigen Personalbedarf sicherzustellen. Durch die Kooperation gewinnen alle: Die AWO gewinnt mittelfristig gut ausgebildetes Pflegefachpersonal für ihre Einrichtungen und junge Menschen aus Indien wird eine interessante Perspektive geboten. Die AWO kommt ihrem sozialen und gesellschaftlichen Auftrag als Träger der freien Wohlfahrts-pflege nach und garantiert, dass Pflegeplätze nicht wegen Personalengpässen unbelegt bleiben. Somit leistet sie ihren Beitrag zur Sicherstellung der pflegerischen Infrastruktur und Versorgungssicherheit in Württemberg. Ein Eindruck vom Assisi-Institut in Indien bietet dieses Video: www.youtube.com/watch?v=y4Ph18VSrao

AWO REMS-MURR

Das Eulennest steht bereit

Eine neues Kinderhaus startet in Schorndorf. – Die AWO hat eine EU-weite Ausschreibung für die Trägerschaft der neuen Kita in Schorndorf gewonnen: Die kreisrunde, inzwischen fertiggestellte siebte Einrichtung der AWO Rems-Murr in der Uhlandstraße trägt den passenden Namen „Eulennest“. Der moderne und nachhaltige Kita-

Neubau aus Holz eröffnet nun im September 2023. Im Endausbau bietet die sechsgruppige Einrichtung Betreuung mit bis zu 40 Wochenstunden von 7 bis 16 Uhr an. Diese teilen sich in eine Ganztages-Krippengruppe, eine VÖ-Krippen-

gruppe, also am Vormittag, zudem zwei Ganztages-Kindergartengruppe und zwei VÖ-Kindergartengruppen auf. Insgesamt werden in den Kindergartengruppen 90 Kinder und in den Krippengruppen 20 Kinder betreut. •



Mit Strategie und Struktur

BEZIRKSVERBAND
PERSONEN

Franziska Diemer bringt Soziales, Interessen und Verband unter einen Hut. – Bei ihr laufen viele Fäden zusammen! Franziska Diemer ist nicht nur seit April diesen Jahres für den Fachbereich Soziales und Interessensvertretung zuständig. Da am 1. August 2023 auch die Fachbereiche Soziales und Verband wieder zusammengelegt worden sind, ist ihr Repertoire noch erweitert worden um die Themen Verband und Fördermittel. „Ich freue mich auf meine neuen Aufgaben und Themen“, sagt die Stuttgarterin. „Insbesondere darauf, sowohl den Bereich der Kitas als auch den Bereich des Verbandes in den nächsten Jahren strategisch voranbringen zu dürfen.“

Die AWO kennt Diemer bestens. War sie doch viele Jahre ehrenamtlich beim Jugendwerk tätig, darunter auch acht Jahre als Vorstandsvorsitzende des Bezirksjugendwerk. 2017 begann sie im Referat Freiwilligendienste hauptamtlich zu arbeiten, war für ein paar Wochen als pädagogische Mitarbeiterin tätig, dann für insgesamt sechs Jahre als Leitung des Referats.

„Diese Stelle hat mir die Möglichkeit geboten, die Strukturen der AWO in Württemberg noch besser kennenzulernen und auch die Überschneidung mit verschiedenen Handlungsfeldern auszugestalten“, so Diemer. Gut gefällt ihr, dass ihr Fachbereich Soziales und Interessensvertretung neben dem Thema der Freiwilligendienste auch Migration und Kinder- und Jugendhilfe beinhaltet, insbesondere die Trägerschaft für unsere eigenen Kitas. „Damit entsteht die Möglichkeit, dass Laura Streitbürger mit ihrer Expertise das Thema Sozialpolitik im Bezirksverband vertiefend bearbeiten kann.“ •



An den Schnittpunkten

Sabrina Schimke ist neue Referentin Migration. – „Beruflich will ich mich auf den Fokus Migration konzentrieren – und freue mich darauf, aktuelle Themen mitzugestalten.“ Sabrina Schimke erzählt, wie sie zum AWO Bezirksverband Württemberg kam: Im Juli 2023 begann sie dort als Referentin Migration. Dafür bringt sie viel Erfahrung mit. „Schnittpunkte meiner hauptberuflichen Arbeit waren in der Sozialen Arbeit die Themenfelder Migration/Flucht und Arbeitsintegration“, so die 35-Jährige. „Die Arbeitsbereiche Jugendhilfe und Projekte zur Ausbildungsförderung treffen sich in meinem Lebenslauf.“

Die Ludwigsburgerin arbeitete nach dem Studium der Sozialen Arbeit bei der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. im Bereich „Arbeit-Beschäftigung-Ausbildung“. Durchgängig war sie im Projekt „CAMBIO“ tätig, bei dem es um die Ausbildungsvorbereitung- und Begleitung von jungen Menschen bis zum 27. Lebensjahr geht, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. „Durch die individuelle Begleitung waren meine Aufgaben mit einem breiten Strang an Themen verbunden rund um Aufenthaltssicherung, individuelle Lernbegleitung, Bewerbungstrainings und Beratung zu persönlichen Belangen.“ Eine Bandbreite, die sich auch in ihren persönlichen Interessen spiegeln. So war Schimke auch mal nebenberuflich als Schlossführerin im Residenzschloss Ludwigsburg tätig. „In meiner Freizeit besuche ich gerne Schlossmuseen, gehe in die Natur, reise an unbekannte Orte – seit Corona deutlich weniger – oder übe mich darin immer besser asiatisch und indisch zu kochen.“ •



BEZIRKS-
VERBAND

Regenbogenfarben jeden Tag

CSD

AWO Bezirksverband Württemberg und Jugendwerk setzen ein starkes Zeichen für Offenheit und Vielfalt beim Christopher Street Day in Stuttgart.

Fröhliche Menschen, prächtig geschmückte Wagen und viele bunt leuchtenden Regenbogenflaggen! Die Stadt Stuttgart erstrahlte beim Christopher Street Day (CSD) wieder in einem Farbenmeer. Der CSD steht für die Rechte von LGBTQ+ Personen und für Vielfalt, Gleichheit sowie Toleranz. Auch der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Württemberg und das Jugendwerk der AWO nahmen teil. Mit ihrem Auto in den Farben des Regenbogens setzten sie ein Symbol für Diversität – ein inspirierendes Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft. Dies schien auch das Universum segnen zu wollen: Trotz der vorhergesagten Regenschauer blieb der Himmel über Stuttgart trocken.

„Wir streben danach, eine Welt zu schaffen, in der sich jede Person, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, sicher und respektiert fühlt“

Solidarität und Akzeptanz stehen mehr denn je im Fokus und scheinen dennoch gefährdeter denn je. Umso entscheidender ist es, sich für eine inklusive Gesellschaft einzusetzen. Soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte gehören zur DNA der AWO. Der Bezirksverband Württemberg und das Jugendwerk verkörperten diesen Geist nicht nur durch ihre Teilnahme an der Politparade, sondern auch durch ihre Präsenz und Aktivitäten während des gesamten CSDs.

„Unsere Anwesenheit beim CSD drückt unser starkes Engagement für Vielfalt und Akzeptanz aus. Wir streben danach, eine Welt zu schaffen, in der sich jede Person, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, sicher und respektiert fühlt“, so ein Mitglied des AWO Bezirksverbands Württemberg.

Weg zur Gleichstellung und Toleranz noch nicht abgeschlossen Die Beteiligung an der Politparade verdeutlicht, wie soziale Organisationen eine zentrale Rolle spielen können, um eine inklusive Kultur

zu fördern. Sie erinnern daran, dass der Kampf für Gleichheit und Toleranz nicht auf politische Manifestationen beschränkt ist, sondern im alltäglichen Handeln verankert sein müssen.

Der CSD in Stuttgart war nicht nur ein Fest der Liebe und Akzeptanz, sondern erinnerte auch daran, dass der Weg zur Gleichstellung und Toleranz noch nicht abgeschlossen ist. Die AWO und das Jugendwerk setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der jede Person, ungeachtet ihrer Identität, gleiche Rechte genießt. Dass Vorstandschaft und Geschäftsleitung ebenfalls am CSD teilnahmen, unterstrichen die gemeinsame Verpflichtung zu einer toleranten und inklusiven Gesellschaft. „Der CSD Stuttgart zeigt, dass jede*r von uns eine Rolle bei der Erschaffung einer toleranten und vielfältigen Gesellschaft spielt“, so ein Jugendwerker. „Eine Gesellschaft, in der Regenbogenfarben nicht nur an einem Tag, sondern jeden Tag strahlen.“ •



Wenn das Gemeinschaftsgefühl wächst

Nach Coronapause konnten die Azubis der AWO-Württemberg wieder den Firmenlauf organisieren. – „Dies war nicht nur eine sportliche Herausforderung, sondern auch eine tolle Gelegenheit, unser Unternehmen zu repräsentieren, unsere Teamfähigkeit unter Beweis zu stellen und soziale Kompetenzen zu trainieren.“ So schwärmen die Auszubildenden der AWO-Württemberg vom diesjährigen Firmenlauf. Da in der Coronazeit kein Firmenlauf veranstaltet worden war,



Alle hatten viel Spaß beim Firmenlauf.

musste das neue Team gemeinsam alles von Grund auf selbst planen. Sofia Russo, Ümmühan Akin, Viyanka Premkumar, Florian Buckmayer, Marvin Lücke, Isabell Klöpfer und Getuar Zeneli konzipierten den Stand, entwarfen und bestellten kreative Trikots, sorgten für die Verpflegung der Läuferinnen und Läufer. Viel Arbeit, zumal auch die Bezugsperson der Azubis erkrankt war. Schon während den Vorbereitungen ließen die Aufgaben das Gemeinschaftsgefühl wachsen.

„Die Atmosphäre beim Firmenlauf war entspannt, die Teilnehmenden waren aufgeschlossen.“

Der Einsatz zahlte sich aus. So lernten die jungen Gastgeberinnen und Gastgeber nicht nur die Kolleginnen und Kollegen des eigenen Unternehmens kennen, sondern auch die anderer Firmen. Das Obst, die Wraps und Erfrischungsgetränke am AWO-Stand waren bei allen gefragt. „So kam man ins Gespräch und konnte über die AWO erzählen. Viele wussten gar nicht, wer sie ist, was sie eigentlich macht“, so die Azubis. Man habe die AWO bekannter machen und potenzielle Unterstützer gewinnen können. „Die Atmosphäre beim Firmenlauf war entspannt, die Teilnehmenden waren aufgeschlossen und fröhlich, machten Gruppenfotos – und steckten mit ihrer Energie, Begeisterung und ihrem Anfeuern an.“ Auch die Azubis hätten den Läuferinnen und Läufern Kraft gegeben, ihnen ein Lächeln ins Gesicht gezaubert. „Wir erfuhren viel Wertschätzung für unseren Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung. Der Firmenlauf war für uns Auszubildende der AWO-Württemberg ein unvergessliches Erlebnis. Wir freuen uns schon auf zukünftige Veranstaltungen, bei denen wir die AWO stolz vertreten dürfen.“ •



Hoher Besuch: Landtagsabgeordneter Gernot Gruber (ganz links) mit AWO-Vorstandsmitglied Valerie Nübling und Geschäftsführer Tim Schopf (beide letzte Reihe Mitte) beim Zeltlager am Ebensee! Auf dem Ortsvereinstag gewann die Wiederbelebung dieses traditionellen AWO-Freizeitangebots den Preis für die beste gliederungsübergreifende Zusammenarbeit.

Herzlich, zuvor-kommend, hilfsbereit

„Am Gänsberg“ wird interkulturell gewohnt. – Ende vergangenen Jahres ging eine dringende Bitte an alle Träger im Landkreis. Das Landratsamt Schwäbisch Hall bat um Prüfung, wie man die Behörde bei der Aufnahme von UMAs, also unbegleiteten minderjährigen Ausländern, unterstützen könne. Zufälligerweise war just eine passende Wohnung in der AWO Seniorenwohnanlage „Am Gänsberg“ in Schwäbisch Hall frei geworden. Anfänglich gab es Bedenken in der Nachbarschaft. Doch diese sind längst verflogen, seit die vier unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden einzogen: Es gibt viele Begegnungen und Aktivitäten mit den Bewohner*innen. Drei der vier Jungen stammen aus Afghanistan,

alle haben ähnliche Fluchtgeschichten: über die Türkei und die Balkanroute nach Deutschland. Der vierte Jugendliche kam aus Syrien über das Mittelmeer. Trotz kultureller Verschiedenheiten und Sprachbarrieren entwickelte sich ein guter Austausch. Und: Die Jungen lernen mit- und voneinander. Gemeinsam meistern sie die deutsche Sprache und kochen, aber am liebsten verbringen sie ihre Freizeit auf dem Fußballplatz oder mit Freunden in der Stadt. Auch der Kontakt zur Familie in den Heimatländern ist für die Jugendlichen unabdingbar und nimmt einen wichtigen Stellenwert in ihrem Alltag ein.

Das gute Miteinander mit den Senior*innen zählt. Während diverser Ausflüge lernten die Jugendlichen schnell Schwä-

bisch Hall und Umgebung kennen, knüpften Kontakte im Fußball- und Boxverein. Fünf Fachkräfte begleiten sie seit dem Ankommen beim Einleben und ihrer Entwicklung in Schwäbisch Hall. Dem Team ist – neben der Unterstützung der Jungen – vor allem ein gutes Miteinander mit den Senior*innen wichtig. Und das ist gegeben: Alle sind begeistert. Zweifel und Unmut in Sachen Kommunikation wichen schnell einer herzlichen und zuvor-kommenden Haltung, die den jungen Menschen das Ankommen in der Wohnanlage erleichterte. Die Hilfsbereitschaft der Hausbewohnenden trägt zudem dazu bei, dass die Jungs Ansprechpartner*innen außerhalb der für sie zuständigen Fachkräfte haben. Sie stehen ihnen bei den kleinen und großen Herausforderungen des Alltags und des Lebens zur Seite. •



Shir Abdul Navidulla Yazan

Was es alles braucht

Erster Gesundheitstag der AWO Kinder- und Jugendhilfe kam bestens an. – Der erste Gesundheitstag der AWO Kinder- und Jugendhilfe Rems-Murr gGmbH war ein Riesenerfolg. Rund 120 pädagogische Fachkräfte und Auszubildende der AWO nahmen im Kinderhaus Purzelbaum in Schorndorf daran teil. Organisiert hatte den Tag die AWO vor Ort mit der AOK Baden-Württemberg in Kooperation mit der SG Schorndorf. Im Mittelpunkt standen Work-Life-Balance, die Gesundheit der Mitarbeitenden

und der häuserübergreifende Austausch. In das Thema führte der Hausarzt Benjamin Tscheuschner ein: Sein Impulsvortrag hieß „Resilienz als Widerstandskraft – was es braucht, um inneres Gleichgewicht und Stabilität zu entwickeln“. Beim Workshop „Brain Food“ schnitten fleißige Hände in der Küche leckeres Obst, rührten

ernte frische Kräuterquarkdips an und formten kalorienarme Apfel-Zimt-Kugeln. Übungen bot eine Etage höher der Workshop „Achtsamkeit während des Kita Alltags“, während in der Freiluft-Arena mit Gummibändern und Stöcken beim Workshop „Bewegung oder Sport zur Erhaltung der Gesundheit“ der Rücken trainiert wurde. •



BEZIRKSVERBÄNDE

Mit heißen Nadeln gegen die Kälte

Auch 2023 veranstalten die AWOs Baden und Württemberg wieder ihre Weihnachtsaktion. – Wer vergangenes Jahr dabei war, weiß es: „Heiße Nadeln gegen kalte Füße“, die Weihnachtsaktion der AWO Baden und Württemberg, war ausgesprochen erfolgreich. Tausende Paar Socken aber auch anderes selbst Gestricktes konnten die Ortsvereine an die Tafelläden geben, die damit ihre Kund*innen bedachten. Auch dieses Jahr haben sich schon viele Ortsvereine und AWO-Einrichtungen wie Nachbarschaftszentren gemeldet, weil sie wieder dabei sein wollen. Im Fokus sollen nun – je nach örtlichen Gegebenheiten – Obdachlose oder Menschen in prekären Lagen stehen. Kontakte mit den Trägern der entsprechenden Hilfen sind aufgenommen. Bahnmissionsmissionen freuen sich über Zuwendungen. Auch Organisatoren von Wärmebussen wollen Strickspenden verteilen. Das Besondere an der Aktion: Die „AWOs“ bitten in ihren Kommunen alle, nicht nur Mitglieder, sich zu beteiligen, informieren per Zeitung, Social Media, Homepage, Gemeindeblatt oder anderen Kanälen. Kurz: Sie organisieren eine große Gemeinschaftsaktion – der Erfolg gehört allen! Anlass für andere Weihnachtsaktionen bieten die schön gestalteten Liederbücher, die es auch diesmal wieder angeboten werden. Warum sich nicht damit auf den Marktplatz stellen und Menschen zum Mitsingen

anregen? Solche Flashmobs, wie sie neudeutsch heißen, machen Spaß! Wer gerne strickt und so anderen damit eine Freude machen will oder mehr Information zu den Liederheften braucht, wendet sich an Verbandsreferentin Gudrun Schmidt-Payerhuber, Kyffhäuserstr. 77, 70469 Stuttgart, Tel. +49 711 22903-142, E-Mail: schmidt-payerhuber@awo-wuerttemberg.de •



AWO ULM

Schön und rundum gelungen

Nach langer Pause fand 2023 wieder die Ehrenamtsmesse in der Volkshochschule Ulm statt. – Rund 60 Ausstellende präsentierten sich und bewarben ihre Engagement-Angebote. Die AWO Ulm war dieses Jahr zum ersten Mal dabei. Mit dem AWO Seniorenzentrum Weststadt präsentierten sie die Einrichtungen und informierten über das vielfältige Ehrenamtsangebot in Ulm. „Der Tag war sehr schön und rundum gelungen!“, so die AWO-Aktiven. „Wir konnten einige Menschen erreichen, die sich für ein Engagement bei uns interessieren. Eines davon wird bald umgesetzt: Die Kinder der Flüchtlingsunterkunft in Beimerstetten dürfen sich bald auf kleine Spielenachmittage mit einer Ehrenamtlichen freuen.“

Interessant sei vor allem auch der Austausch mit anderen Einrichtungen gewesen. „Das ist für künftige Kooperationen sehr wichtig und gut!“ Die Ulmer AWO wird auf jeden Fall bei der nächsten Ehrenamtsmesse wieder dabei sein. •



OV EISLINGEN

Sozialpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Beim 1. AWO-Sozialstammtisch ging es um die „Neue Soziale Frage.“ – „Von der Wiege bis zur Bahre – Bürokratie!“ Mit dieser Aussage leitete Sonja Elser, Geschäftsführerin des AWO Kreisverbandes Göppingen, den ersten Sozialstammtisch der AWO ein. Das Thema lautete „Neue Soziale Frage – Lebensrealitäten unserer Zeit. Sozialpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit!“ Passend dazu wurden beispielhaft verschiedene Begegnungspunkte von Menschen mit dem Sozialstaat dargestellt und die Probleme, die oft existentielle Auswirkungen für die Betroffenen haben: von der Geburt, über KiTa, Schule, Berufsleben, Pflege und bis zum Tod. Die Teilnehmenden waren von Anzahl und Ausmaß der Schwierigkeiten überwältigt, die Elser aus ihrem Berufsalltag und politischem Engagement veranschaulichte. Uwe Reik, Gemeinderat in Eisligen, betonte, er wisse von den Problemen. Doch käme er in seiner „Bubble“

nie damit in Berührung. Carsten Krinn, Geschäftsführer der AWO Esslingen, ergänzte, dass der Mangel an Solidarität ein fundamentales Problem der Gesellschaft sei. Dieser wirke bis in die Sozialgesetzgebung hinein. Trotzdem blickte Elser ermutigend in die Zukunft. Politisch gebe es noch großen Handlungsbedarf, doch jeder Einzelne könne heute schon etwas bewegen und seinen Beitrag für das Gelingen unserer Gesellschaft leisten. Das will auch der Sozialstammtisch, der vom AWO-Kreisvorstand initiiert wurde, maßgeblich vom Vorsitzenden, Hans-Ulrich Weidmann. Der Stammtisch ist regelmäßig geplant: Alle zwei Monate sollen dort Themen rund um Sozialpolitik, Ehrenamt und Engagement behandelt werden mit unterschiedliche Referent*innen. • **Weitere Infos und Termine sind auf www.awo-gp-vorort.de zu finden und auf Socialmedia wie Instagram www.instagram.com/awogoeppingen**



OV BIETIGHEIM-BISSINGEN

Stadtluft macht frei

Beim AWO-Treff sprach Ex-Kulturamtsleiter Stefan Benning. – Beim monatlichen Vortragsnachmittag der AWO Bietigheim-Bissingen referierte der ehemalige Leiter des Kulturamtes Stefan Benning über das Thema „Stadtluft macht frei – Die Stadt im Mittelalter – ein historisches Phänomen mit politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wirkung bis in die Gegenwart.“

Benning schlug den Bogen von den biblischen Städten Ur und Babylon über griechische und römische Stadtgründungen bis ins 12. Jahrhundert. Damals gründete beispielsweise Konrad von Zähringen Freiburg und warb bei Kaufleuten mit Zusagen von Privilegien um deren dauerhaftes Bleiben.

Das kam bestens an, so dass Stefan Benning versprach, zeitnah in einen weiteren Vortrag der Frage nachzugehen „Was macht eine Stadt zur Stadt und wie funktionierte im Mittelalter die städtische Selbstverwaltung“. •

OV ELLWANGEN

Kaffee, Kuchen, Kindergarten

Beste Stimmung beim Sommerfest im Gebrauchtwarenhaus! – Endlich konnte die AWO Ellwangen in ihrem Gebrauchtwarenhaus wieder ein Sommerfest veranstalten. Die Helferinnen und Helfer vom nahe gelegene Kindergarten St. Martin im Stadtteil Braune Hardt verpflegten die Anwesenden mit einer großen Auswahl an leckeren Kuchen und Kaffee. Der Erlös ging komplett an den Kindergarten, was alle freute. Als dann die Würste auf den Grill kamen und die Band Mister Blue aufspielte, war die Stimmung auf dem Höhepunkt. Die Veranstaltung, die um 20 Uhr endete, war sehr gut besucht und kam gut an. •



Gedächtnis-training, Gymnastik, Genuss und Gesang

Beim Urlaub ohne Koffer waren viele neue Teilnehmende dabei. – Endlich konnte er wieder stattfinden, der zweiwöchige Urlaub ohne Koffer im Waldheim auf dem Reichertsberg. Diesen „buchten“ einige Senior*innen, die schon öfters dort waren, sich zum Teil von früheren Freizeiten kannten. Aber so manche brachten auch neue Interessierte mit, die begeistert waren. Bei lustigen Spielen, Gedächtnis-training, professioneller Gymnastikstunde, Tänzchen im Sitzen und

angeregten Gesprächen kam keine Langeweile auf. Gleich zu Beginn der Freizeit kam Bürgermeister Christian Tretow aus Untereisesheim zu den kofferlos Reisenden – und hatte viele Fragen an das Betreuungsteam und die Teilnehmer*innen. Es war auch sein erster Besuch bei der Seniorenfreizeit. Bevor er sich ins Rathaus verabschiedete, lud er die fröhliche Truppe zum Abendbrot auf ein Viertel Wein ein – auf Untereisesheimer Kosten. Auch Bürgermeister Timo Frey aus Bad Friedrichshall und

Oberbürgermeister Steffen Hertwig brachten Mitbringsel. Und die Eheleute Nicole und Wolfgang Hengster, Inhaber des Restaurants Rössle in Rot am See, reisten jeden Tag an, um die Senior*innen mit erstklassigen Menüs zu verwöhnen. Zu Besuch kamen zudem singende Kinder der Pestalozzischule, Petra Nagel von der IAV-Stelle in Neckarsulm, die über Pflege vorzug, Polizeibeamte, die über Tricks von Betrügern informierten – und freilich Gerhard Haag mit seiner Gitarre, der Volkslieder mit allen sang. •



Beste generationsübergreifende Arbeit

AWO-Aktionen beim Familienfest kommen gut an. – Auch in diesem Jahr war der Ortsverein Ehningen wieder beim traditionellen Kinder- und Familienfest in Ehningen dabei, das zahlreiche Spiel-, Bewegungs- und Bastelprogramme bot rund um die Friedrich-Kammerer-Gemeinschaftsschule. Bei der AWO konnten Kinder Täschen, Beutel und noch Vieles mehr mit Stofffarben bemalen und bedrucken. Das brach-

te dem Team am Stand enormen Zulauf; selbst als Täschen, Beutel sowie Kartons und Bierdeckel zu Ende gingen, war der Andrang noch groß. Bereichert wurde die Aktion von der AWO Jugendgruppe des Kreisverbandes Böblingen-Tübingen e.V. Sie sorgte mit einer Kinderschmink-

aktion dafür, dass viele Kindergesichter, bunt bemalt, strahlten. „Die jungen Leute waren großartig und haben uns Älteren und Alten viel Kraft gegeben“, so die Vorsitzende des OV Ehningen, Gaby Heydkamp. „Besser kann generationsübergreifende Arbeit der AWO nicht sein!“ •



Ein sicheres Lern- und Freizeitzentrum in der Ukraine

Minenaufklärung, Therapieangebote und Kinonachmittage – mit der ukrainischen Partnerorganisation *savED* hat AWO International in der Stadt Tschernihiv ein sicheres und vielseitiges Lern- und Freizeitzentrum aufgebaut. David Starke, Programmkoordinator Ukraine, war dort.

Ein bewölkter Mittwochnachmittag! David Starke, Programmkoordinator Ukraine, besucht zum dritten Mal Projekte, die AWO International mit ukrainischen Partnerorganisationen umsetzt. Unterwegs nach Anysiv ist er mit seinem Kollegen Anton Plaksun, der im AWO International-Büro in Kiew arbeitet. Das kleine Dorf in der Region Tschernihiv befindet sich nördlich von Kiew und grenzt an Belarus sowie Russland. Mit im Auto: Iryna Dasiuk und Anna Putzova, Mitarbeiterinnen der AWO- Partnerorganisation *savED*. Sie müssten einen langen Umweg fahren, so Starke. „Der direkte Weg führt über eine Brücke des Flusses Desna, die von der russischen Armee zerstört wurde.“ Ihr Ziel ist ein Mehrzwecklernzentrum in Anysiv, das *savED* mit AWO International, finanziell unterstützt von Aktion Deutschland Hilft, aufbaute und betreibt. Trotz Sommerferien ist die Rektorin der Schule da – und zwei Tutorinnen. Oksana, eine davon, beschreibt die Funktion solcher Zentren, die in stark umkämpften Gebieten das Leben verbessern. „Hier treffen sich nach dem Schulunterricht die Kinder und Jugendliche, weil es bei uns im Dorf keinen anderen sicheren Treffpunkt gibt. Wir machen den Kindern unterschiedliche Freizeitangebote. Am beliebtesten sind die Kinonachmittage. Aber es finden auch viele niedrigschwellige Therapieangebote statt, weil die Kinder im letzten Jahr sehr viel Schreckliches erlebt haben.“ Der Begegnungsort bietet Sicherheit vor Bombenangriffen und ermöglicht Kindern und Jugendlichen auch während des Krieges Freunde zu treffen und Hobbys nachzugehen.

„Es finden auch viele niedrigschwellige Therapieangebote statt, weil die Kinder im letzten Jahr sehr viel Schreckliches erlebt haben.“

Das Mehrzwecklernzentrum befindet sich im Keller des Schulgebäudes von Anysiv. Es ist gleichzeitig ein Schutzraum: Mehrmals wöchentlich tönen Alarmer wegen Luftangriffen. „Als wir im Oktober letzten Jahres den Schutzraum der Schule zum ersten Mal besichtigen, war dieser für einen längeren Aufenthalt nicht geeignet“, erinnert sich Starke. „Er war kalt, dunkel und feucht.“ Aber dank *savED* ist aus dem Keller ein gemütlicher Ort geworden. Der Boden wurde gefliest, Heizungen und Toiletten installiert, Stromleitungen verlegt, Wände und Decke verputzt. Zudem wurden die Räume mit neuen Möbeln und IT-Geräten ausgestattet. An diesem Nachmittag sind 25 Kinder gekommen. Die Jüngsten sind sieben, die Ältesten sechzehn Jahre alt. Während die jüngeren Kinder malen, arbeiten die Jugendlichen konzentriert an einer Zeitung, die sie gegründet haben. Das Lernzentrum im Luftschutzkeller bietet aber auch für Erwachsene Möglichkeiten zum Austausch. So treffen sich etwa regelmäßig Frauen und Mütter, deren Männer im Krieg kämpfen. Ein Kurs, um Unfälle durch Landminen zu vermeiden sei ganz besonders gefragt, erklären Iryna und Anna – die beiden *savED*-Mitarbeiterinnen. •



AWO International und *savED* planen in diesem Jahr noch drei weitere Mehrzwecklernzentren einzurichten.

Aus Kassenbons Stimmzettel machen

Weil beim Schutz des Klimas, der natürlichen Ressourcen und der Menschenrechte jeder Mensch, jeder Einkauf und politisches Engagement zählt, hat AWO International eine Broschüre zum gerechten Einkauf publiziert. – „Wir konsumieren und verbrauchen mehr, als wir für unsere Bedürfnisse benötigen. Werbung und soziale Normen sagen uns, was wir kaufen und essen „müssen“. Jedes Jahr wird in Deutschland eine Million Tonnen Kleidung entsorgt und ein Drittel unseres Essens weggeworfen.“ Sätze aus der Broschüre „Gerecht einkaufen. Wie du aus dem Kassensbon Stimmzettel machst“! Das Team von AWO International hat darin zusammengetragen, wie und wo man einkaufen kann, dass Klima und Menschen vor allem im globalen Süden gerechter behandelt werden. Denn die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern verursacht soziale und ökologische Kosten: In vielen Ländern des Globalen

Südens werden dafür Arbeits- und Menschenrechte verletzt sowie die Umwelt verschmutzt. Der Anstoß, über das eigene Konsumverhalten nachzudenken, ist zu finden und zu bestellen unter: www.awointernational.de/fileadmin/dateien/infortheke/Gerecht_einkaufen.pdf.



Ungekannte Welten und viel Spaß

Kindern aus kulturell weniger affinen Familien waren bei den „INDIERAMA Shorts for Kids“ dank Hanne-Landgraf-Stiftung in Karlsruhe. – Ziel eins der Sustainable Development Goals (SDG), der Ziele für nachhaltige Entwicklung, lautet „Keine Armut!“ Die Hanne-Landgraf-Stiftung in Karlsruhe setzt sich für die am stärksten von Armut gefährdeten Gruppe ein: Kinder und Jugendliche. Sie haben einen deutlich schlechteren Start ins Leben und geringere Chancen, sich aus dem Zusammenhang von Herkunft und Zukunft zu befreien. Gemäß ihrem Stiftungszweck, den Sozialpolitikerin und Mitbegründerin der AWO Karlsruhe Hanne Landgraf festgelegt hat, ermöglicht sie neben einer umfassenden Individual-Direkthilfe für Kinder eine vielseitige inhaltliche wie finanzielle Unterstützung für Projekte in den Bereichen Bildung, Talentförderung, Ernährung, Kultur und Freizeit.

Kinder und Jugendliche verdienen gute Geschichten. Den Schwerpunkt bilden Fördermaßnahmen, die geeignet sind, die Folgen von Armut zu mindern und betroffenen Kindern und Jugendlichen eine chancengleiche Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Wie beim Filmfest Independent Days Karlsruhe 2023: Die Hanne-Landgraf-Stiftung ist in ein Partnership für das Sonderprogramm „INDIERAMA Shorts for Kids“ eingegangen. Das Kinder-Jugend-Programm lockte viele filmhungrige Kids in das Karlsruher Filmtheater Schauburg. Die besondere Partnerschaft des internationalen Filmfestes unter Federführung von Filmboard Karlsruhe Geschäftsführer Oliver Langewitz mit der Hanne-Landgraf-Stiftung ermöglichte vor allem auch Kindern aus kulturell weniger affinen Familien beim Filmfest besondere Kinoluft zu schnuppern. Denn, so sind Festivalmacher- und Stiftungsmitglieder überzeugt: Kinder und Jugendliche verdienen gute Geschichten. Geschichten über bewegende Begegnungen, menschliche wie tierische Freunde, die Klassengemeinschaft und schwierige Eltern, kuriose Situationen und gelüftete Geheimnisse. Kurz: Geschichten über das Kindsein und das Größerwerden, die auf eine leichtfüßige Art die Augen für bislang ungekannte Welten öffnen, zum Nachdenken anregen oder einfach nur Spaß machen. •



jw Olgastraße 71
70182 Stuttgart
Tel. 0711/945 729 111
info@jugendwerk24.de
www.jugendwerk24.de

Jugendwerk Konferenz
07.10.2023, Altensteig
Mehr Informationen unter:
www.jugendwerk24.de/konferenz

Train the trainer, Seminar
20.10. – 21.10.2023, Stuttgart
Anmeldung unter: www.jugendwerk-awo-reisen.de/bildungsangebote_und_seminare/deutschland/train_the_trainer

Internationale Jugendbegegnung in Mexiko
22.10.23 – 05.11.23, Mexiko
Anmeldung unter: www.jugendwerk24.de/wege-ins-ausland/intercooltour/

Minihelfer*innenschulung in Altensteig
28.10. – 04.11.2023, Alter: 12 bis 15 Jahre
Anmeldung unter: www.jugendwerk24.de/minihelferschulung

Kreativ im Kollektiv, Seminar
17.11.2023 – 19.11.2023, Heilbronn
Anmeldung: www.jugendwerk-awo-reisen.de/bildungsangebote_und_seminare/deutschland/kreativ_im_kollektiv

Juleica Part I, Seminar
24.11.2023 – 26.11.2023, Altensteig
Anmeldung: www.jugendwerk-awo-reisen.de/bildungsangebote_und_seminare/deutschland/juleica_part_i_vom_jw_w%C3%BCrttemberg

Juleica Part II, Seminar
15.12.23 – 17.12.23, Altensteig
Anmeldung: www.jugendwerk-awo-reisen.de/bildungsangebote_und_seminare/deutschland/juleica_part_ii_vom_jw_w%C3%BCrttemberg

– FORTBILDUNG –

Anmeldung über die AWO-Hompage unter Veranstaltungen: www.awo-wuerttemberg.net/awo/awo-veranstaltungen

FÜR MITARBEITER*INNEN

Microsoft Word und Excel – Tipps und Tricks für das praktische Arbeiten
07.09. und 08.11.2023, für Mitarbeiter*innen der AWO Württemberg

Einführung in die Strukturen der AWO und in das AWO Qualitätsmanagement
26.09.2023, für Mitarbeiter*innen der AWO Württemberg

Eure Heilmittel sollen eure Nahrungsmittel sein – Expertenstandard „Ernährungsmanagement zur Sicherung und Förderung der oralen Ernährung in der Pflege“ und „Schmerzmanagement in der Pflege“
27.09.2023, für Pflegefachkräfte

Herzlich willkommen am Telefon: Überzeugen Sie mit Kompetenz und Freundlichkeit
11.10.2023

TERMINE

Pflichtfortbildung für zusätzliche Betreuungskräfte nach §43b SGB XI:
11.10.2023: **Den Tag als sinnvoll erleben**
15.11.2023: **Manches kann man nicht vergessen!**

Arbeitsrecht in Theorie und Praxis Teil III
17.10.2023, für Leitungskräfte

Grundkurs für Hygienekoordinator*innen in der Pflege
18.10.2023, für Hygienekoordinator*innen und Leitungskräfte in der Pflege

Praxiswerkstatt Kita
19.10.2023, für Führungskräfte im Kitabereich

Praxiswerkstatt Ganztage Teil 2
26.10.2023, für Führungskräfte der Schulkindbetreuung und des Ganztags

Behandlungspflege Leistungsgruppe 1 für Pflegehilfskräfte ohne formale Qualifikation
07.11. + 08.11.2023, Mitarbeiter*innen der Pflege, Betreuung und Verwaltung

Kompetenzwerkstatt für Praxisanleiter*innen:
Praxisanleitung bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund
22.11.2023, für Praxisanleiter*innen

Von sanfter Mobilität – der Expertenstandard „Erhaltung und Förderung der Mobilität in der Pflege“ bis zu nachhaltiger Zahnpflege – der Expertenstandard „Förderung der Mundgesundheit in der Pflege“
29.11.2023, für Pflegefachkräfte

FÜR HAUPT- UND EHRENAMTLICHE

Online: Herzlich willkommen bei der AWO
25.09. und 27.11.2023, für Haupt- und Ehrenamtliche bei der AWO

Online: Führung von ehrenamtlichen Vereinen – für Leitungskräfte der Kreis- und Ortsvereine
04.10.2023 Interne Kommunikation
17.10.2023 Vereinsleben
07.11.2023 Öffentlichkeitsarbeit
21.11.2023 Neue Angebote

Online: Ehrenamtliche gut und sicher begleiten – für Koordinator*innen der Ehrenamtlichen
07.11.2023 Rechte und Pflichten im Ehrenamt
14.11.2023 Wertschätzung und materieller Benefit
21.11.2023 Kommunikation und Konfliktmanagement im Ehrenamt
28.11.2023 Gewinnung und Bindung von Ehrenamtlichen

AWO AKADEMIE
Mein Ortsverein auf Facebook
28.10.2023, 10 – 15 Uhr, Geschäftsstelle Stuttgart

Kontakt + Anmeldung:
Gudrun Schmidt-Payerhuber
gsp@awo-wuerttemberg.de
Tel. 0151 19534147

– AUSBILDUNG –

Arbeit in der Altenpflege ist ein krisensicherer Beruf mit Zukunft. Neben fachlicher und sozialer Kompetenz sind uns Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz allen Menschen gegenüber als Leitsätze unserer Schule sehr wichtig.

Beginn der Ausbildung zum/zur staatlich anerkannten Pflegefachmann/Pflegefachfrau im September 2023.

Beginn der berufspädagogischen Weiterbildung zum / zur Praxisanleiter*in
Ab dem 04.09.2023 mit einem Stundenumfang von 320 Unterrichtseinheiten

Beginn der Weiterbildung zur verantwortlichen Pflegekraft § 71 SGB XI
Ab dem 11.09.2023 mit einem Stundenumfang von 480 Unterrichtseinheiten

Kontakt:
AWO Bildungsakademie Württemberg
Tilsiter Str. 8, 71065 Sindelfingen
bildungsakademie@awo-wuerttemberg.de
Tel. 07031 28606250

IMPRESSUM

Herausgeber
AWO Bezirksverband Württemberg e.V.
www.awo-wuerttemberg.de

Redaktion
Gudrun Schmidt-Payerhuber,
Verbandsreferentin
Kyffhäuserstr. 77, D-70469 Stuttgart
Tel: 0711 22903-142
Fax: 0711 22903-199
gsp@awo-wuerttemberg.de

Petra Mostbacher-Dix, Journalistin
Redaktionsbeirat
Mirjam Riester (Böblingen-Tübingen), Stefan Oetzel (Heidenheim), Julia Wormser (Heilbronn), Hendrik Wulf (Jugendwerk), Sabine Zoller (Ludwigsburg), Valerie Nübling (Vorstand) und der Vorsitzende Nils Oplitz-Leifheit

Gestaltung
reitzen.kommunikationsdesign
mail@reitzen.de | www.reitzen.de

Druck
W. Kohlhammer Druckerei, Stuttgart

Bildrechte
Titelbild: Paige Cody. Soweit nicht anders angegeben liegen die Bildrechte bei der jeweiligen Gliederung.



JUGENDWERK

Mehr Ausbildungsqualität, mehr Spaß, mehr Ehrenamt

Das neue Train the Trainer-Programm im Jugendwerk ist Motivation pur. – Die Jugendleitercard, kurz Juleica, ist ein Ausweis, der bundesweit für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in der Jugendarbeit ausgestellt wird. Er weist die Inhaber*innen als ausgebildete Kinder- und Jugendbetreuer*innen aus. Regional und bundesweit erhalten sie damit Vergünstigungen wie freien Eintritt in Freibädern, Nachlass in Bastelläden, vergünstigte Bahncard und mehr. Und freilich garantiert er den verschiedenen Trägern von Jugendarbeit einen Standard in der pädagogischen Grundausbildung von Teamer*innen. Neben festgelegten Inhalten wie rechtlichen Fragen zu Aufsichtspflicht und Jugendschutz, zur Betreuer*innenrolle und zum pädagogischem Handwerkszeug hat jeder Jugendverband die Möglichkeit, eigene, spezifische Inhalte in die Ausbildung zu integrieren. Im Jugendwerk spiegeln sich die Werte der AWO. So ist zum Beispiel Partizipation ein wichtiger Baustein der Pädagogik, die in den Juleicaseminaren vermittelt wird. Regeln befolgen Kinder aller Altersstufen eher, wenn man sie bei deren Gestaltung einbezieht. In allen Einheiten ihren Platz hat auch die Vorbereitung auf die Zielgruppe: Kinder und Jugendliche, die anderweitig wenig Chancen auf Urlaub und Erholung vom Alltag haben.

Den Geist des Jugendwerks vorleben

Die Seminare sind zudem ein wichtiger Baustein im Vereinsleben des Jugendwerks, damit der Bindung von Freiwilligen. Viele Ehrenamtliche gestalten die Seminare mit. So wird der Geist des Jugendwerks vorgelebt: Die Wochenenden sind nicht nur graue Theorie, sondern bringen Austausch, Spaß, Motivation, Praxis und damit pure Motivation für das Engagement der Ehrenamtlichen.

Das Jugendwerk begrüßt deshalb die Entscheidung des Landesjugendrings, ab 2024 die Fördermittel des Landesjugendplans für Kinder- und Jugendmaßnahmen an den Nachweis der Juleicaausbildung der beteiligten Betreuer*innen zu binden. Damit wird garantiert, dass die Qualität von Jugendarbeit landesweit steigt und nicht zuletzt der Kinderschutz ausgebaut wird.

Gleichwohl führen nicht alle Gliederungen Waldheime oder Stadtranderholungen durch oder sind sofort in der Lage, aus eigener Kraft eine Juleicaausbildung zu stemmen. Aus diesem Grund bietet das Jugendwerk im Frühjahr einen eigenen Durchlauf der Juleicaseminare speziell für Waldheimteamer*innen an.

Seminarleitungen trainieren Kompetenzen

Vor allem führt das Jugendwerk seit langer Zeit wieder ein „Train the Trainer“-Seminar durch. Hier lernen künftige Seminarleitungen Inhalte und Methoden kennen, die nötig sind, um verschiedene Juleicabausteine durchzuführen. Vom 20. bis 21. Oktober haben Interessierte aus allen Gliederungen die Möglichkeit, erste Schritte auf dem Weg zum eigenen Juleicaseminar zu tun. Geleitet wird das Seminar von hauptamtlichen Pädagog*innen und einem Vorstandsmitglied des Jugendwerks. Interessierte melden sich auf der Internetseite an: www.jugendwerk24.de. •

Fragen und Unterstützung? Das Jugendwerk hilft gerne allen Gliederungen, die sich auch in der Betreuer*innenausbildung weiterentwickeln wollen. Steffen Hickel freut sich auf eine Mail: steffen.hickel@jugendwerk24.de